

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68.

Dienstag, den 21. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Abrüstung?

Seit dem Krach der englischen Einkreisungspolitik, deren Ziel es war, die österreichische Regierung von Deutschland abzugliedern, Italien, das mit den Mittelmeermächten überhaupt rechnen muß, an diese fest anzugliedern, Rußland und Frankreich in eine Front zusammen mit England zu stellen — löst aus der offiziellen englischen Politik seit Tag und Jahr die Versöhnungsnote.

Die russisch-österreichische Krise im Jahre 1909 hat die Entschlossenheit des deutschen Imperialismus geweckt. Sehr Festhalten am Flottengesetz zeigte dem englischen Kapital, daß der Appetit des deutschen Kapitals auf überseeische Profite so stark ist, daß er sich durch keine Drohungen vom Vorwärtsdrängen abhalten läßt. Das Unterbringen der türkischen Anleihe in Deutschland bewies, daß das deutsche Kapital erstarkt ist, daß es also bis zu einem gewissen Punkte auch finanziell den Mann stellen kann. Zuletzt zeigte das Potsdamer Abkommen, daß für die Tripelente auf den russischen Verbündeten kein Verlaß ist. Das waren die äußeren Momente, die auf eine Verständigung mit Deutschland drängten.

Die inneren führen ebenfalls eine deutliche Sprache. Das liberale Kabinett muß mit seinem linken, sozial-reformerischen Flügel rechnen, der darauf hinweist, daß die Rüstungsausgaben die Möglichkeit einer Sozialreform absehneiden. Auch die Furcht vor Deutschland hat gewissermaßen abgenommen. Nicht nur weil der Admiral Wilson in der Rede zu General Hamiltons Bund über die allgemeine Wehrpflicht bündig nachgewiesen hat (das interessante Dokument ist abgedruckt im Märzheft der Marinerundschau), die Möglichkeit einer deutschen Invasion nach England bestehe nicht, sondern weil die liberalen, handelstreibenden Kreise Englands auf Grund der statistischen Daten über die Entwicklung des englischen Außenhandels in dem letzten Jahre zur Einsicht kamen, das Wachstum des deutschen Außenhandels bedeute noch nicht das Fallen des englischen. Schmunzelnd vernahm die englische Handelswelt, daß die Einfuhr im Jahre 1910 um 53 735 216 Pfund Sterling zugenommen hat und jetzt 678 440 173 Pfund Sterling beträgt, daß die Ausfuhr im Vergleich mit dem Jahre 1909 um 52 409 854 Pfund und die Durchfuhr um 12 431 285 Pfund gewachsen ist, daß der Außenhandel Englands 24,5 Milliarden Mark beträgt. Und wie diese Ziffern auf die liberale Bourgeoisie wirken mußten — die Legitimationsfabrikanten verzeichnen einen Ausfuhrzuwachs von 12 1/2 Millionen Pfund, und sie sind doch das Herz der liberalen Partei —, zeigt noch klarer ein Blick in die Statistik der ganzen Zeitperiode von 1871. Wir führen hier die Höhe der Ausfuhr pro Kopf in den höchsten und niedrigsten Städten der Konjunktur in Pfund Sterling an:

		Pfd. Sterl.	Schilling	Pence
1872	Maximum	8	1	—
1879	Minimum	5	11	8
1882	Maximum	6	17	2
1886	Minimum	5	17	2
1890	Maximum	7	—	7
1894	Minimum	5	11	5
1896	Maximum	6	1	8
1898	Minimum	5	15	7
1900	Maximum	7	1	6
1902	Minimum	6	15	1
1905		7	12	7
1906		8	12	—
1907		9	14	3
1910		10	—	—

Seit 1902 steigt die Linie der englischen Ausfuhr. Die internationalen Verschiebungen, die nach der Niederlage Rußlands im Kriege mit Japan stattfanden, die von der englischen Politik vorausgesehene große Stärkung der deutschen Position, konnten auf einige Jahre die Aufmerksamkeit von dieser Tatsache abwenden, auf die Länge ging es aber nicht. Und schon mehrten sich die Stimmen, die, wie der Admiral Montagu in der „Pall Mall Gazette“ erklären:

Wir haben einen sehr großen Teil der Welt in Besitz genommen. Es ist ganz natürlich, daß Deutschland die Absicht hat, weiter zu kommen. Es ist Raum genug vorhanden, daß beide ohne Reibung leben und streben können.

Eine Versöhnungsmosphäre strömt aus der englischen offiziellen Presse. Und Heuchler, wie sie sind, setzen bereits die Liberalen diese sich aus der Gesamtlage ergebende Änderung aufs Konto ihrer „Prinzipien“. Die liberalen „Daily News“ schreiben in der bekannten Polemik gegen Paul Deschanel am 17. Dezember 1910:

Es gibt in der Politik keine hermetisch verschlossenen Abteilungen und die von den Konservativen verbreitete Lehre, daß, wenn eine liberale Regierung im Amte ist, die

Liberalen und die Konservativen zwar verschiedene Ansichten über die innere Politik haben können, in auswärtigen Angelegenheiten aber dieselbe Politik treiben müssen, diese Lehre ist Unsinn, schädlicher Unsinn. Der Konservatismus und der Liberalismus sind zwei verschiedene Staatsphilosophien und müssen zwei verschiedene Richtungen nicht nur in inner-, sondern auch in auswärtigen politischen Angelegenheiten diktiert.

Großartig! Der englische Liberalismus war ein Gegner der Kriegs- und Kolonialpolitik nur in der Zeit, wo die englische Bourgeoisie glaubte, vermittle des dem englischen Proletariat abgepreßten Mehrwerts auf friedlichem Wege die ganze Welt ausbeuten zu können. Damals mochte zwischen ihm und den Konservativen ein theoretischer Unterschied auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bestanden haben, obwohl der Kriegsruf: Freiheit und Freihandel, ihn nicht nur nicht hinderte, sondern ihn direkt anspornte, mit Kanonen dem Freihandel den Eingang nach China zu ebnen. Aber je mehr für die Politik Englands nicht die Interessen des Handels, sondern die des Finanzkapitals bestimmend wurden, desto ungeschicklicher wurde die liberale Politik, desto mehr verwickelte sich der Unterschied zwischen ihr und der konservativen. Unter dem liberalen Heros Gladstone wurde Ägypten annektiert. Und für die Bewertung der Resultate dieser Politik macht es gar keinen Unterschied, daß die liberale Regierung selbst ein Gefangenener ihrer Taten wurde, daß Gladstone den Raub Ägyptens als provisorischen Zustand ansah und erklärte, er wolle so rasch wie möglich seine Hände aus diesen Dingen herausziehen, um nicht den Mächten ein schlechtes Beispiel zu geben, die sich als des Sultans Erben ansehnen. Seitdem die Interessen des Schiffs- und Eisenbahnbaues und der ihn finanzierenden Banken den Gang der auswärtigen Politik Englands bestimmen, sind die Liberalen, selbst wenn sie sich in Opposition befinden, nicht imstande, ihr altes antikoloniales und antikriegsches Banner hochzuhalten. Nicht nur weil hinter ihnen die Hezweilige der Chamberlain und Balfour knallt, nicht nur weil die wichtigsten Schichten der Bourgeoisie zur konservativen Partei halten, deren Lösung Raub und Krieg ist, sondern in erster Linie, weil die ganze englische Bourgeoisie, seitdem die europäische und amerikanische Industrie erstarkt ist, den Glauben an die eigene Kraft verlor und nach einem innen und außen starken Staat schreit. Wir fragen nicht: wie sind die englisch-liberalen Phrasen, sondern wie sind die englisch-liberalen Taten? Und die Antwort darauf ist folgende: Seit 1906, seitdem sie in England am Ruder sitzen, ist das englische Marinebudget von 642 Mill. Mark auf 828 Millionen im Jahre 1910 gewachsen, um in diesem Jahre bis 887 Millionen emporzuschwellen. Wer zur Verteidigung dieser Braven die Tatsache anführt, daß England mit den deutschen Rüstungen zu rechnen hatte, daß also die Schuld beim deutschen Imperialismus liege, der jagt nur die Selbstverständlichkeit, daß der englische Liberalismus allerdings nicht rüsten würde, wenn er keinen

Gegner hätte. Darum geben wir keinen Pfifferling für alle die Friedensversicherungen und Versöhnungsversprechen, mit denen die englische liberale Regierung die Erhöhung des Marineetats verflucht. Es ist möglich, daß der englische und deutsche Imperialismus sich über den Anteil am Weltraub verständigen. Es ist möglich, daß dies für einige Jahre das Bauteil der Dreadnoughts verlangsamt, aber es werden nur wenige Jahre vergehen, und das Rüstren wird mit verstärkter Kraft einsetzen. Denn es ist eine Illusion, zu glauben, daß es genug Platz in der Welt gibt für alle kapitalistischen Haifische. Mit der Entwicklung des ostasiatischen und nordamerikanischen Kapitals wird es in der Welt immer enger, denn der jetzige gleichzeitige Aufschwung des englischen und deutschen Exports ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Aber selbst wenn das Kapital der alten kapitalistischen Welt unter sich die Welt in Ausbeutungszonen einteilen würde, was freilich den deutsch-englischen Gegensatz aus der Welt schaffen müßte — diese, selbst in der blauesten Ferne noch nicht sichtbare Möglichkeit wollen wir einen Augenblick mal in Rechnung stellen — so würden die Rüstungen nicht aufhören: sie würden sich nur gegen die Länder der jungen kapitalistischen Entwicklung richten. Welchen Unterschied es aber ausmacht, ob Deutschland und England gegeneinander oder gegen China und Persien rüsten, das können wir vom proletarischen Standpunkt aus nicht herausfinden. Auf jeden Fall haben wir nicht die kleinste Ursache, den englisch-liberalen Ruf nach einer deutsch-englischen Verständigung zur Lösung des deutschen Proletariats zu machen, ebensowenig wie wir zur Aufhebung der kapitalistischen Konkurrenz die Truffs dem Proletariat empfehlen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Montag die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern beim Kapitel „Versicherungsamt“ fort. Genosse Sachse wies erneut auf die merkwürdige Begünstigung Fürstlich-Bieschwerer-Genossenschaften durch die schlesische Landesversicherungsanstalt hin, und Genosse Robert Schmidt forderte dringend zu energischerer Handhabung der Unfallverhütungsvorschriften auf. Beim Kapitel „Kanalamt“ geißelte Genosse Severing die amtlich begünstigte Benutzung fremder Arbeiter zu Lohndrückungszwecken. Ferner wies unser Fraktionsredner nach, wie weit entfernt die dem Kanalamt unterstellten Betriebe von sozialen Musterbetrieben sind. Merkwürdigerweise fühlte ein Freisinniger, Herr Leonhart, das Bedürfnis, als freiwilliger Regierungskommissar dem geheimräthlichen „Mädchen für alles“ Delbrücks, Herrn von Jonguieres, beizuspringen. Beim Ausschussamt für Privatversicherungen hielten mehrere Zentrumsredner große Reden gegen die Abonnementversicherung. Sie mußten sich aber von unserem Fraktionsredner, Genossen Schwarz-Lübeck, — der in zutreffenden Worten den Versicherungschwandel geißelte und bei dieser Gelegenheit auch der Lübecker Presse, die durch Einführung dieses unheimlichen Mittels ihren Abonnementstand zu heben sucht, einige wohlgezielte Hiebe versetzte — und sogar von Herrn Delbrück sagen lassen, daß diese unlautere Methode des Abonnementfanges auch von der katholischen Presse schwunghaft betrieben wird. Auf bedenkliche Vertrustungserscheinungen im privaten Versicherungsleben wies Genosse Stalle hin. Die Liberalen verhielten sich recht ablehnend gegen das in einer Zentrumsresolution vorgeschlagene Verbot der Abonnementversicherung, das auch am Bundesratstisch auf starken Widerspruch stieß. Dagegen erwarb sich Herr Pothhoff, einer der wenigen entschiedeneren Sozialpolitiker in Freisinnreihen, ein unlegbares Verdienst durch den erneuten Hinweis auf die Schädlichkeit der Werkpensionskassen, die die Regierung in ihrer gottgewollten Abhängigkeit vom Zentralverband der Scharfmacher natürlich sorgfältig konservieren will. Der Hinweis unserer Redner auf den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis im Zentrumslager verhinderte natürlich nicht, daß wir für das Verbot des Zeitungsver sicherungs-Anfugs stimmten. In später Abendstunde wurden dann noch eine große Anzahl Einzeltitel durchgepeitscht. Stürmische Heiterkeit erregte es, als Martin Spahn bei seiner Jungferrede, weil er von der Sache abwichste, von seinem Papa einen präsidialen Anshnauer erhielt. Die Dienstag-Sitzung wird wohl ganz unter dem Zeichen des Kalis stehen.

Die „nationale“ Wahlparole.

Der Herausgeber der „Aktion“, Herr Franz Pfemfert, erhebt in der neuesten Nummer dieser Zeitschrift abermals die Anklage gegen die Regierung, daß sie dem Drängen reaktionärer Kreise, für die Neuwahlen zum Reichstag eine „nationale“ Wahlparole zu „dichten“, ein überaus bedenkliches Entgegenkommen bewiesen habe. Herr Pfemfert behauptet geradezu, daß die deutsche Regierung hinreichend verdächtig erscheine, „dem frivolen Plan einiger gewissenloser Scharfmacher, eine Kriegshege als Wahlparole zu inszenieren, ihre Zustimmung erteilt“ habe. Von reaktionärer Seite sei mit Zustimmung des Herrn von Heydebrand die Regierung schriftlich und mündlich aufgefordert worden, bei den bevorstehenden Wahlen eine „nationale Demonstration zu veranstalten“, die „Blicke und Gedanken auf den äußeren Feind zu lenken“, „das deutsche Volk wieder an seine Ideale, für die seine Väter ihr Leben einsetzten, zu erinnern“, kurz, eine „nationale“ Wahlparole auszugeben, die solch chauvinistischem Gedanken Rechnung trage. Die Regierung habe den tieferen Sinn dieser Zumutung auch wohl verstanden und durch die Drohnote an Serbien einen Beweis ihres guten Willens den Zumutungen der Scharfmacher gegenüber geliefert!

Herr Pfemfert erklärt weiter, im Besitze von interessantem Material zu sein, das seine Auffassung bestätige. Er verweist namentlich auf ein „streng vertrauliches“ Schreiben, das von Berlin aus an die konservativen Häupter im Lande ergangen sei und das mit Vergnügung von den Besprechungen mit der Regierung rede, die zur Vereinarung einer solch „nationalen“ Wahlparole stattgefunden hätten. Von den maßgebenden Politikern, die an diesen Konferenzen mit der Regierung beteiligt gewesen sein sollten, nennt Herr Pfemfert außer

Herrn von Heydebrand noch den Freiherrn von Zedlitz. Die Regierung sei einmal sogar durch Herrn von Bethmann-Hollweg in höchst-eigener Person vertreten worden!

Es wäre angebracht die hier behauptete Behauptung nunmehr wirklich an der Zeit, daß eine offiziöse Erklärung erfolgte! Ein längeres Schweigen mißte als Schuldbekennnis aufgefaßt werden! Ein solches Bekenntnis aber müßte im In- und Auslande gleich unliebsames Aussehen erregen!

Die preussischen Dreiklassenmänner gegen Liebknecht.

Die Geschäftsordnungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat Montag vormittag beschlossen, dem Hause zu empfehlen, den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Genossen Liebknecht abzulehnen und dem Verfahren seinen Fortgang zu lassen. Der Beschluß ist mit allen gegen die 2 Stimmen der Freisinnigen und Polen gefaßt worden. Unsere Genossen haben keinen Vertreter in dieser Kommission. Bemerkenswert ist, daß sich sämtliche Mitglieder der Kommission und der Vertreter des Justizministers einmütig auf den Standpunkt stellten, daß ein ehrengerichtliches Verfahren gegen einen Anwalt auf eine Stufe mit einem Strafverfahren zu stellen sei, daß also die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Artikels 84 der Verfassung möglich sei; jedoch war die Mehrheit der Ansicht, daß man von nun an in jedem einzelnen Falle sorgfältig prüfen müsse, ob ein Verfahren einzustellen sei oder nicht. Diese Haltung bedeutet einen Bruch mit der jahrzehntelangen Praxis des Hauses.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Montag zunächst den Etat der Lotterieverwaltung, hierauf den Etat der General-Ordenscommission. Die Beratung des letztgenannten Etats veranlaßte unseren Genossen Liebknecht in pointierreicher Rede sich über die Ordensauszeichnungen und den Ordenshunger gewisser Kreise der Bevölkerung lustig zu machen. Ohne Debatte genehmigte das Haus hierauf den Etat der Aufstellungskommission. Es wurde beschlossen, von der Erörterung prinzipieller Fragen mit Rücksicht auf die Fertigstellung des Etats Abstand zu nehmen. Unsere Genossen erhoben gegen dieses eigenartige Vorgehen vergebens Widerspruch. Ein ähnliches Verhalten legte die Mehrheit bei der Beratung des Etats der Bergverwaltung an den Tag. Aus diesem Etat schied der Voranschlag der Budgetcommission alle Diskussionen über Arbeiterfragen aus. Namens unserer Fraktion protestierte Genosse Hirsch hiergegen. Von anderen Rednern wurde zugegeben, daß ein solches Verfahren an sich nicht richtig sei, es wurde aber mit der Notwendigkeit der Fertigstellung des Etats begründet. Gleichzeitig wurde die frühere Einberufung des Landtages gefordert. Die Rechte warf unserer Fraktion vor, daß sie durch ihre Reden die Statberatung verzögert habe, ein Vorwurf, den Genossen Hirsch zurückwies. Die Beratung des Etats der Bergverwaltung selbst wurde, nachdem einige Redner zur Sache gesprochen hatten, auf eine Abendigung verlag.

Die liberale Einigung.

Am Sonntag tagten im Reichstagsgebäude der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei und der Zentralauschuss der Fortschrittlichen Volkspartei. Beide Parteivorstände tagten natürlich in verschiedenen Räumen. Der Zweck der Besprechung war aber ungefähr der gleiche: es handelt sich im wesentlichen um das gemeinsame Vorgehen der Nationalliberalen und Fortschrittler bei den kommenden Reichstagswahlen.

Die Nationalliberalen faßten nach einem Referat Baffermanns eine Resolution, in der die Erwartung ausgesprochen wird, „daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem Eingehen faktischer Wahlabkommen sich mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen. Wird auf Wunsch oder im Einverständnis von Landesorganisationen eine Verständigung mit anderen Gesamtparteien vom geschäftsführenden Ausschuss herbeigeführt, so sind die hierauf getroffenen Abmachungen von den betr. Wahlkreisen oder Landesorganisationen als verbindlich anzuerkennen.“ Die Resolution soll wesentlich mit Kompromisse verhindern, wie sie die Nationalliberalen in Hagen und in Alzen-Bingen abschlossen. — Die Stimmung war im allgemeinen einem Zusammengehen mit dem Fortschritt nicht abgeneigt, doch möchte man sich besonders im Rheinland die Hände nicht binden, um eventuell durch ein Bündnis mit dem Zentrum der Sozialdemokratie einige Mandate abjagen zu können. Es sollen hierfür sechs Mandate ausreichen sein.

Bei den Fortschrittler referierte Raumann über die Stellung zu den Reichstagswahlen. Er trat lebhaft für eine parteitaktische Verständigung mit den Nationalliberalen ein und forderte als Voraussetzung hierzu größere Zentralisation in der Kandidatenanstellung bei den Fortschrittler. Abmachungen einzelner Wahlkreise mit anderen Parteien sollen nicht ohne Zustimmung der Parteileitung erfolgen. Die Fortschrittliche Parteileitung wird schließlich beauftragt die Verhandlungen mit der nationalliberalen Partei weiter zu führen. Frickbeck teilt mit, daß bis jetzt 132 Fortschrittlerkandidaten aufgestellt sind.

Dr. Heim gegen das Zentrum.

Im „Bayerischen Kurier“ erklärt der Abg. Dr. Heim, daß er aus der Behandlung, die ihm die Zentrumsfraktion hat zuteil werden lassen, für seine Person die Konsequenzen ziehen werde. Diese Drohung kann nur so gedeutet werden, daß Dr. Heim aus der Zentrumsfraktion austritt, Zentrumsmann bleibt er natürlich trotz alledem.

Konflikt in einem Wahlrechtsprozeß.

Bei der großen Wahlrechtsdemonstration am 13. Februar v. Js. die in Halle, Neumünster und mehreren anderen Städten zu blutigen Polizeierlebnissen führte, wurde in Halle auch der Steinbrücker Markart durch einen Säbelhieb schwer am Kopfe verletzt. Er war ganz zufällig in die von der Polizei in Aufregung und Unordnung gebrachte Menschenmenge ge-

raten und erhielt den Hieb von hinten her, als er sich nach seinem zur Erde gefallenem Hute bückte.

Markart strengte auf Grund des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände bei Amtspflichtverletzungen von Beamten in Ausübung der öffentlichen Gewalt und des § 839 B. G. B. Schadenersatzklage gegen die Stadt Halle an. In erster Instanz erstirkt er ein obliegendes Urteil, in dem sein Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wurde. Da sonach die Sache für die Stadt schlecht stand, beantragte der Magistrat bei der Regierung zu Merseburg die Erhebung des Konfliktes, welche diesem Wunsche sofort nachkam. Sie erklärte, daß der schuldige Beamte, der übrigens gleich dem Handabhacker in Breslau und den Mördern des Arbeiters Hermann unermittelt geblieben ist, den Kläger in einen Irrtum versetzt habe, der auch bei pflichtmäßigerem Verhalten nicht zu vermeiden gewesen sei. Vorsätzliches Handeln des Säbelschwingers sei keineswegs anzunehmen.

Danach hat in Preußen jeder Staatsbürger, der die Strafe betritt und infolge des „Irrtums“ eines Polizisten niedergeschlagen wird, durchaus keinen Anspruch auf Entschädigung. Als braver Unterthan hat er seine Wunden anzuhellen, Steuern zu zahlen und auch das Maul zu halten, wenn der beamtete Kothling „unermittelt“ bleibt. Wegen der prinzipiellen Bedeutung des Falles soll gegen den Entscheid der Merseburger Regierung das Oberverwaltungsgericht angerufen werden.

Die Regierung und die elsass-lothringische Verfassung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erläßt erneut eine Warnung, in der elsass-lothringische Verfassungsfrage den Bbgen nicht zu überspannen. Eine Polemik gegen „radikale Forderungen“ im elsass-lothringischen Landesausschuss schließt mit diesen Sätzen:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Versuch, Sonderwünsche zu forcieren, auf den unterschiedenen Widerstand der verbündeten Regierungen stößen und das Scheitern der Vorlage zur Folge haben würde. Die Verantwortung für diesen Ausgang, der die Entwicklung des Reichslandes zur Selbstständigkeit auf lange hinaus in Frage stellen müßte, fielen dann nicht den verbündeten Regierungen zu. Das sollten die aufrichtig an der Verfassungsreform interessierten Elsass-Lothringer bedenken und, anstatt den Bogen zu überspannen, umgekehrt dahin wirken, daß den Parteien im Reichstag, die in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung das Reformwerk zustande bringen wollen, die erforderliche Zurückhaltung in ihren Anträgen nicht erschwert wird.“

Die „Nationalzeitung“ will gleichfalls erfahren haben, daß die Reichsregierung entschlossen sei, der elsass-lothringischen Verfassungsfrage keine wie auch immer gearteten weiteren Zugeständnisse prinzipieller Natur zu machen. In Regierungskreisen werde versichert, daß die den Parteien bereits abgegebenen Erklärungen, in dieser Hinsicht durchaus ernst zu nehmen seien, und daß alle Anträge, die darauf abzielen, die Rechte des Reiches und des Kaisers zu beschränken, nur die Wirkung haben können, die Erledigung des Verfassungswerkes zu erschweren.

Dänemark.

Die Beseitigung der Prügelstrafe. Da sich gezeigt hat, daß die Prügelbestimmung des provisorischen dänischen Strafgesetzes im Laufe der Jahre ganz außerordentlich wenig angewendet worden ist, hat der jetzige Justizminister in der gegenwärtigen Reichstagsession einen Gesetzesentwurf vorgelegt, durch den die übrigen Bestimmungen des Gesetzes erneuert werden, während die Prügelbestimmung, die auf Betreiben des damaligen Ministers und jetzigen Justizministers Alberti beschlossen worden war, nicht mit übernommen ist. Der Gesetzesentwurf ist im Folkething angenommen worden und wird jetzt im Landsting verhandelt, wo er vermutlich auch angenommen werden wird. Es ist somit Aussicht vorhanden, daß die dänische Gesetzgebung von der Bestimmung über die Prügelstrafe befreit wird.

Rußland.

Demission Stolypins. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg: Der Ukas über Stolypins Abchied ist unterzeichnet. Der bisherige Finanzminister Kokozow wird Ministerpräsident. Das Innere übernimmt entweder Stürmer oder der frühere Unterstaatssekretär des Ministeriums des Innern Makaro. Neratow wird mit der Verwaltung des Äußeren beauftragt. Das neue Kabinett bedeutet eine scharfe Schwenkung nach rechts.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 21. März.

Die Bürgerchaft hielt gestern eine Versammlung ab, die seitens ihrer Mitglieder nur recht mäßig besucht war und die fast gar keine Zuhörer aufzuweisen hatte, obwohl einige Senatsanträge von nicht unerheblicher Bedeutung zur Beratung standen. Beim Projekt des Baues einer Straßenbahnwagenhalle an der Finkenstraße hat die vom Bürgerausschuss eingesetzte Kommission den Nachweis geliefert, daß doch wohl manche Bauten bei uns viel zu kostspielig aufgeführt werden. Sie tritt für den veranschlagten Bauumfang von 8000 Mk. fast ein Drittel, nämlich 2500 Mk. ab. Die Bürgerchaft folgte den Spuren dieser Kommission, obwohl vor Senatsseite eventuelle Nachforderungen in Aussicht gestellt wurden. Wahrscheinlich wird aber der Bau bei eintem guten Willen für die bemittelte Summe zu machen sein. Bei dieser Senatsvorlage wurde auch die Einführung von Abonnementkarten auf den Straßenbahnen gefordert. Der Senat winkle aber ab; sie bringen ihm nicht genug. Bemerkenswert sind die Mitteilungen vom Senatssitz, daß der Ausbau der Panken nach der Möslinger Allee und dem Vorwerker Friedhof demnächst in Angriff genommen werden soll. Zeit wird es auch nachgerade.

Eine lange Aussprache zeitigte der Senatsantrag betreffend Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse. Die Subvention, welche der Staat bisher an den Musikverein zu zahlen hatte, soll abermals um ein bedeutendes erhöht werden, nachdem das erst vor wenigen Jahren gezeichnet ist. Es soll gern anerkannt werden, daß die Leistungen des Orchesters der Musikfreunde ganz vorzügliche sind. Aber nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung besucht die Konzerte. Die Symphoniekonzerte sind infolge der

hohen Eintrittspreise überhaupt den minderbemittelten Volksschichten verschlossen. Wenn man das berücksichtigt und weiter die finanzielle Lage unseres kleinen Staatswesens in Betracht zieht, so muß man, trotz mancher Gründe, die für den Senatsantrag sprechen, zu dessen Ablehnung kommen. Im Musikverein sitzen so manche sehr vermögende Leute, die gern einen höheren Beitrag zur Förderung der Kunst, deren Liebhaber sie sind, spenden könnten. Aber es ist bequemer und angenehmer, den Staat zahlen zu lassen als tiefer in den eigenen Geldbeutel zu greifen. Die Senatsvorlage wurde natürlich von den bürgerlichen Mitgliedern des Musikvereins warm verteidigt und gelangte schließlich in namentlicher Abstimmung mit gegen 23 Stimmen zur Annahme. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Ob nunmehr die Orchesterverhältnisse „geordnet“ sind, erscheint doch mindestens sehr zweifelhaft.

Beim Senatsantrag auf Erweiterung des Stadtabgabepflichtigen Gebietes in Travemünde brachte Genoss Dr. Schömer einige Mißstände zur Sprache, die für verschiedene Travemünder Einwohner aus der Abschüttung eines Teiles der Stedenbucht ergeben haben. Kurz vor 11 Uhr wurde die Sitzung nach Erledigung sämtlicher Beratungsgegenstände geschlossen.

Zur Kohlebewegung im Tapeziergewerbe ist zu berichten, daß in 9 Betrieben 20 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Situation ist für die Auskündigten sehr günstig. Es ist in den auskündigten Betrieben noch nicht gelungen, Arbeitswillige heranzuziehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeitgeber die neuen künftigen Arbeitszeit bewilligen müssen; sehen sich doch verschiedene gezwungen, um ihre Gehilfen nicht ganz zu verlieren, Zugeständnisse zu machen. Die Firma Hinge u. Stech, Möslinger Allee, versucht zwar, ihre Arbeit auswärts fertigen zu lassen, doch ist das ganz ohne Erfolg auf die allgemeine Lage. In folgenden Betrieben sind Arbeitswillige geblieben: bei Hinge u. Stech; F. Schramm, Möhlenerstraße; F. H. Hoffmann; Köschke u. Niebert; Wasserstraße; und S. Krp. Dieses habe Durch den müßigen Elementen wird auf keinen Fall den Kohl fett machen. Die Arbeitgeber müssen uns kommen, denn die Saison bricht für uns erst an. Wir bitten die organisierten Arbeiter Lübeck um tatkräftige Unterstützung in unserem Kampf.

Die Streitleitung.

Zur Pensionsversicherung für Privatangestellte. Ein vom Bund der technisch-industriellen Beamten einberufene öffentliche Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution: Die vom Bund der technisch-industriellen Beamten Ortsgruppe Lübeck einberufene öffentliche Versammlung protestiert auf das lebhafteste gegen den Versuch der Reichsregierung, die Pensionsversicherung für Privatangestellte durch eine Sonderklasse mit nicht einwandfrei begrenzten Personenzahl, mit geringen Leistungen trotz hoher Beiträge und mit durchaus mangelhafter Selbstverwaltung herbeizuführen. Die Versammlung fordert nach wie vor energisch im Interesse einer großzügigen, einheitlichen Sozialversicherung den Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung.

Silabholungsdiens. Die Oberpostdirektion Hamburg schreibt: Vom 1. April 1911 ab übernimmt es die Reichs Postverwaltung — zunächst versuchsweise — gewöhnliche Briefsendungen im Ortsbestellbezirk auf Verlangen bei den Abendern durch Silboten abholen und zur Postbeförderung ausliefern zu lassen. Für diese Silabholung sollen folgende Grundsätze maßgebend sein: 1. Die Silabholung erstreckt sich nur auf Briefsendungen, die ihrer Beschaffenheit nach den Vorschriften der Postordnung entsprechen. Eingeschriebene Briefsendungen und solche mit Wertangabe sowie Postnachnahmeforderungen sind von der Silabholung ausgeschlossen. 2. Die Anmeldung von Aufträgen zur Silabholung kann durch Fernsprecher oder mündlich am Schalter oder schriftlich erfolgen. Dabei ist die Stückzahl der abzuholenden Sendungen anzugeben. Schriftliche Anmeldungen können in den Briefkästen gelegt oder den betreffenden Boten auf ihren Bestellscheinen mitgegeben werden. Für derartige Bestellscheine oder Bestellskarten werden Gebühren nicht erhoben. 3. In Hamburg und Lübeck werden die Aufträge zur Silabholung dem Telegraphenamte in den Orten mit mehreren Postanstalten dem Hauptpostamt übermittelt. Diesen Ämtern liegt die Entsendung des Silboten ob. 4. Es werden erhoben: a) für die Silabholung einer Briefsendung 25 Pfg. b) bei gleichzeitiger Abholung mehrerer Briefsendungen desselben Abenders für die erste Sendung die Gebühr zu a), für jede weitere Sendung 10 Pfg. c) bei Zurückziehung eines Auftrags, sofern der Silbote den Weg zum Abender bereits angetreten hat 25 Pfg. Die Gebühren zu a) und b) hat der Abender bei der Übergabe der Sendungen, die Gebühr zu c) bei der Meldung des Boten bar an diesen zu entrichten. 5. Die Ablieferung der abgeholtten Briefsendungen durch die Silboten erfolgt in Hamburg beim Postamt 36 (Stephanstraße 3), in Lübeck beim Postamt, und in allen übrigen Orten bei dem Amte, das die Boten entläßt hat. Wünscht der Abender, daß die abgeholtten Briefsendungen von Silboten bei einer anderen Stelle zur Postbeförderung aufgeteilt werden, so kann diesem Verlangen in Hamburg, Altona und Lübeck nach Einführung des Ortsbestelldienstes in diesen Orten entgegen werden. In diesem Falle gelten für die Berechnung der Gebühren und die Ausführung des Auftrags die für Botengänge im Ortsbestelldienst maßgebenden Bestimmungen.

Wegen Mordversuchs und Widerstands gegen einen Forstbeamten hatte sich am Sonntag der hier in Lübeck wohnhafte Arbeiter Brühl, der verheiratet und Vater von vier Kindern ist, vor dem Schwurgericht in Güstrow zu verantworten. Der Anklage war am 3. Oktober v. J. mit zwei Begleitern, dem Arbeiter Rogin und dem Dändler Scheel am Privatort bei Travemünde nach Wötenitz im Mecklenburgischen gegangen, um zu wildern. Sie hatten ihre Gewehre geladen, da sie mehrere Rehe fassen sahen. Während dieser Jagd war der Gutsjäger Freitag, welcher sich in Dienstreife befand und Gewehr und Kuckuck bei sich hatte, auf der Wötenitzer Feldmark dienstlich anwesend. Als er nach Wötenitz zurückkehren wollte, bemerkte er Scheel, der bei seinem Näherkommen sein Gewehr von sich geworfen hatte, am Wege sitzend und gleich darauf auch die beiden anderen Wilderer Rogin und Brühl, die, als er stürzte, und auf sie zuzuging, ins Gehölz hineinstiegen. Freitag schickte nun den in seiner Nähe befindlichen Schäfer Dörmald um das Gehölz herum und beobachtete dann selbst weiter die Wilderer, die durch das Gehölz hindurchstiegen und dann über den Acker zu entkommen suchten. Als Freitag sie dort bemerkte, ließ er sich von einem auf dem Johannistorfer Gebiet arbeitenden Knecht ein Pferd ausspannen und verfolgte nun reitend die drei Wilderer — auch Scheel hatte die Genossen inzwischen wieder erreicht —, welche er denn auch bald einholte. Die Wilderer ließen dann plötzlich um und stellten sich dicht neben einander hinter eine Hecke. Nachdem Freitag ihnen auf etwa 16 Schritte nahe gekommen war und ihnen zweimal zugerufen hatte: „Gewehr nieder, oder ich schieße“, legte Brühl, der an der Ecke der Hecke stand, sein Gewehr auf Freitag an und schoß ihn in den Kopf, so daß er vom Pferde stürzte. Jetzt riefen Scheel und Rogin: „Da liegt er“ und Brühl: „Tö. Du Na., Du heit naug.“ und darauf eilten alle drei nach der nahen Dassower Bucht, von wo sie mittels eines dort

Kaiser's Malz-Kaffee unübertroffen das Pfund nur 25 Pfg.

Zu haben in allen Filialen und Niederlagen von

Kaiser's Kaffee-Geschäft G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Kaffee- und Ziffer-Salon.
Otto Frauer, Zienelstraße 14.

Damen- und Kinderhüte
werden sehr sauber u. modern aufgearbeitet, auch neue angefertigt.
M. Ott, Friedenstraße 62, I.

Eimerbier.

Von nun an jeden Mittwoch und Sonnabend, von 4 Uhr in der **Brauerei Adolf Osbahr** Glockengießerstr. 87.

Wer ein ordentl. Mann dauernde Arbeit besorgt, in Lager od. dergl., erhält 10 Mk. Belohnung. Zu erfragen b. **Niemann**, Kottmühlr. 38.

Plakate

Berordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der **Buchdruckerei des Füh. Volksboten**, Johannisstraße 46.

Herrn- und Damenräder staunend billig.

1 Jahr volle Garantie von der Fabrik, diese Räder sind garantiert **W. K. C. Teile**, also wirklich erstklassiges Fabrikat.

Jeder überzeuge sich, daß ich für niedrigen Preis ein wirklich gutes Rad verkaufe und andere auch um kein Haar besser sind.

Liefere sämtliche Ersatzteile!
Rauch, Brockesstr. 45, I.

Fahrräder und Nähmaschinen sow. deren Zubeh. u. Ersatzteile

werden billigst
Lübeck, L. Lohbg. 18. Wöltjen.

Reparaturen, neu vernickeln und emaillieren in eigener Werkstatt prompt und preiswert. D. D.

Nordschlesw.ige	} Meierei-Butter
Holsteimische	
Mecklenburgische	
Dänische	
Sibirische	
empfehlen resp. vermitteln (für Auftragsgeber provisionsfrei)	
Leopold Dose, Lübeck	
Schiffelboden 18, (Börsehof).	
Fernsprecher 811.	
Man verlange Offerte.	

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung der weiblichen Mitglieder am Donnerstag, d. 23. März abends 8 1/2 Uhr präzis im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstrasse 50-52.

Da eine wichtige Besprechung auf der Tagesordnung steht, ist es notwendig, daß auch alle Kolleginnen zur Versammlung erscheinen.
Die Vertretungsperson.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 26. März 1911, von nachmittags 4 Uhr an: **Zusammenkunft im „Gewerkschaftshaus“**
Der Jugend-Ausschuß.



Bei mir zu Hause-

kennt man keine teuren Butterpreise, denn wir gebrauchen nur

Rheinperle und Solo

Margarine sowie die beliebte

Pflanzenbutter-Margarine - Cocosa

In hunderttausenden Haushaltungen ständig anstelle von Naturbutter im Gebrauch! - Überall erhältlich!

Alein. Fabrikanten: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Priezen G.m.b.H. Goch.



statt **Butter**

das beste!

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Sicherger. 52.**

Haar-Flechten, -Unterlagen, so wie sämtl. Ersatz fertigt auch von ausgef. Haar billigt an **W. Pusback**, Dürstr. 43. Zahle höchste Preise f. ausgef. Haar.

Lübeck, Centralhallen.

2 öffentliche wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge

Dienstag, den 21. März, für Frauen
Mittwoch, den 22. März, für Männer.

Beginn der Vorträge um 8 1/2 Uhr.

Wie schägen wir aus vor den Geschlechtskrankheiten und ihren Folgen?
Welches sind die Heilmittel?
Ist Ehrlich-Pala 606 ein wirkliches Heilmittel?
Warum gibt es so viele unglückliche Ehen?
Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.
Eintritt 30, 50 Pfg. und 1.- Mk.
Die Lichtbilder sind das Vollkommenste auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft.
Vorverkauf bei Fr. Nagel, am Markt, und in den Central-Hallen.

Achtung!

Deutscher **Bauarbeiter-Verbd.**

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 22. März abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Erhöhung der Zuschlagsbeträge.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Zweigvereinsvorstand.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.



Beginn d. Konzerts 8 1/4 Uhr.
Anf. d. Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Gastspiel des berühmten

Sylvester Schäffer jr.

und das übrige Programm.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadthallentheater.

Dienstag, 21. März, abds. 8 Uhr: **Gastsp. d. Fritz Steidl-Ensembl.**

Halloh! Die große Revue!

Satirische Jahres-Revue v. F. Freund Musik von Paul Lincke.

3 große Balletts 3.

30 Damen vom Corps de ballet.

Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rob. Kohlmarkt 13.

Mittwoch, 22. März, abds. 8 Uhr: **Im „Neuen Stadt-Theater“**

„Halloh! Die große Revue!“

Neues Stadttheater.

Dienstag, 21. März, 7 1/2 Uhr, Voll-Ab. 160. Dienstag-Ab. 27.

Wegen plötzlicher Erkrankung d. Herrn St. Fuchs anstatt „Wintermärchen“

Der Waffenschmied

Komische Oper von Lorzing.
Hierauf: **Alt-Wien.**

Ballettdivertissement.
Mittwoch, 22. März, abds. 8 Uhr. Außer Abonnement.

Bei Mittelpreisen.
Gastsp. d. Fritz Steidl-Ensembl.

Halloh! Die große Revue!

Satirische Jahresrevue v. F. Freund. Musik von Paul Lincke.
Donnerstag, 23. März, 7 1/2 Uhr. Zum 1. Male! Neu!
Thalea Bronkema.

Schauspiel von Joh. Wiegand.
Ab Sonntag, den 26. März: **Mozart-Zyklus.**

Gäste: Kgl. Kammerjäger Francesco d'Andrade und Kgl. Preuß. Kammerjäger Paul Knüpfer.
Zu diesem „Mozart-Zyklus“ (4 Vorstellungen) wird ein beschränktes Sonder-Abonnement zu ermäßigten Preisen für folgende Plätze ausgegeben:
1. Rang-Loge Mk. 20.-
1. Rang-Balk. 2. u. 3. Reihe „ 16.-
Sperrg. 1.-6. Reihe „ 16.-
Parkett 9. und 10. Reihe „ 14.-
2. Rang 2. und 3. Reihe „ 9.-
Die Preise verstehen sich nur für alle 4 Vorstellungen ausschließlich Garderobengeld. Die Ausgabe der Abonn.-Karten beginnt am Dienstag, 21. März, an der Theaterkasse.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 20. März 1911.

162. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück

Zweite Lesung des Stats für das Reichsamt des Innern.

(Achter Tag.)

Die Beratung wird beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ fortgesetzt.

Sichhoff (Sp.) wünscht eine Klarstellung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden in der Solinger Stahlindustrie: das Reichsversicherungsamt betrachte sie als versicherungspflichtige Arbeiter, das Oberverwaltungsgericht als gewerbesteuerpflichtige selbständige Gewerbetreibende.

Hansen (Däne) beschwert sich über die Ausweisung von rentenberechtigten ausländischen (dänischen) Arbeitern aus Nord-Schleswig, die dadurch ihrer Rente verlustig gehen.

Sachse (SD.): Der Ministerialdirektor Caspar antwortete mir vorgestern, als ich erwähnte, daß die Beamtenbauwesen der Provinz Preußen von der Landesversicherungsanstalt sehr billiges Geld erhalte. Fürst Biez sei zwar sehr reich, nicht aber diese Genossenschaft. Es ist doch merkwürdig, daß Fürst Biez zu allen möglichen Dingen Geld hat, auch dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Herr Krause hat er unverzinstlich ein Darlehen gegeben, aber für seine Beamtenbauwesen Genossenschaft scheint er kein Geld zu haben. Es bleibt bestehen, daß diese Genossenschaft das Geld billiger bekommen hat, als andere. Weiter meinte der Ministerialdirektor, das Reichsversicherungsamt könne nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Die Einzelheiten, welche für die Öffentlichkeit Interesse haben, müssen aber in seinem Bericht enthalten sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Öffentlichkeit muß wissen, wer das Geld zu den verschiedenen Anstalten bekommen hat. (Zustimmung bei den Soz.) Ferner erwiderte der Herr Ministerialdirektor mir, aus den Berichten sei zu ersehen, daß die Revisionen nicht mehr Erfolg hätten wie früher. Dasselbe Reichsversicherungsamt, welches die einzelnen Anstalten angewiesen hat, bei der Verzinsung der Renten

recht sparsam und vorichtig

zu sein, ist auch die Revisionsinstanz; da ist der Mißerfolg kein Wunder. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mein Freund Fischer sprach von einem Stillstand der Sozialreform; man kann sogar vom

Rückschritt der Sozialreform sprechen,

und daran ist mitschuldig das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Caspar: Herr Sichhoff bemerke ich, daß das Oberverwaltungsgericht und das Reichsversicherungsamt die Sache von verschiedenen Gesichtspunkten betrachten, ob sich ein Ausgleich herbeiführen lassen wird, ist noch nicht zu übersehen. Herr Hansen erwiderte ich, daß bei der Reichsversicherungsordnung darauf Bedacht genommen werden soll, die Ausländer gegen Rentenverluste mehr zu schützen. Die von Herrn Sachse gewünschten Nachweisungen werden von den einzelnen Anstalten gegeben, diese ganzen Überichten dem Reichstag zugehen zu lassen, ist wohl kaum nötig.

Schmidt-Berlin (SD.): Es ist doch recht sonderbar, daß ein freisinniger Abgeordneter, Herr Sichhoff, die weitergehende loyale Auffassung des Reichsversicherungsamtes in bezug auf die Hausgewerbetreibenden bemängelt. Wir begrüßen jede Entscheidung, welche den Begriff des Arbeiters erweitert, welche den des Hausarbeiters nicht zu eng faßt, sondern die Versicherungspflicht anerkennt. (Zust. b. d. Soz.)

Die Vagabunden.

Von Karl v. Hottel.

(11. Fortsetzung.)

Die Rollenbesetzung bei der Wanderbühne in Liebenau war nicht so übel. Der große Samuel gab einen stolzen Siegfried, Schwester Bärbel eine schöne, wenn auch keineswegs heilige Genoveva; doch wußte sie gar trefflich die Mienen der Unschuld nachzuahmen, wobei nur zu erfordern blieb, wenn um alles in der Welt aus dem Kreise ihrer Bekanntschaft sie sich zum Vorbilde hätte nehmen können, wenn Erfahrung nicht lehrte, daß ein Naturtalent häufig keines Vorbildes bedarf. Genovevas Zofe und Vertraute wurde durch die Schwägerin, Schmerzensreich durch den kleinen Roffe lenkenden Neffen gegeben. Vom Darsteller des verräterischen Solo werden wir späterhin zu sagen haben, wollen jedoch nicht unbemerkt lassen, daß die Mitspielenden (wahrscheinlich Freunde der deutschen Karte) ihn Solo zu nennen beliebten. An Kittern und Knappen lieferten die jüngeren Landstreicher genügenden Vorrat; sie verwandelten sich aus halb nackten Raubfischern gar leicht in wackere Kämpen mit Hilfe einiger buntgefärbten Federn und Pferdechwänze auf glanzlederne Kappen gesteckt.

Für die Hirschfuh, die nicht fehlen durfte, war man genötigt gewesen, einen Dilettanten aufzusuchen, weil die zur Bande gehörige gelbbraune Vorsteherin, welche bisher mit Witz und Geschick dieser wichtigen Rolle vorgestanden, gestern auf der Reife, von unbeflegbarer Jagdlust verlockt, einem strengen Revierjäger zum blutigen Opfer gefallen. Die „umsichtige Direktion“ hatte in dem an Jahren weit vorgerückten, halb erblindeten Dachschleifer des Gastwirts Naturell und ruhige Besonnenheit zur Genüge gefunden, um ihn mit diesem Part zu beehren. Das Stirnband, auf welchem zwei kleine Rehgeweihe prangten — seltsamer zwiefacher Widerspruch in den Augen jagdberechtigter Kenner! — und wodurch man die Hirschfuh zu bezeichnen gedachte, wurde dem armen, alten Waldmann so fest um sein ehrwürdiges Haupt nebst dazu gehöriger Kehle geknüpft, daß es ihn fast ernüchterte, und daß sein Auftreten — (der kleine Schmerzensreich half ihm durch einen Strick, woran er ihn hinter sich herzerre, über das erste Kissen- und Lampenfeuer hinweg) — in fortwährendem Würgen und Sichsträuben bestand, was verschiedene einsichtsvolle Beurteiler im jugendlich ländlichen, krumpflofen Publikum für Kunstaufwand zu nehmen geneigt schienen. In der großen Versöhnungsszene, wo Siegfried Genoveva reuig in die Arme schließt, als Schmerzensreich,

Dann möchte ich noch anregen, daß vom Reichsversicherungsamt dahin gewirkt werden möge, daß die Vauberufsgenossenschaften besondere Schutzmaßregeln, besondere Rüttungen bei dem sogenannten „Über-die-Hand-Mauern“ verlangen. Die Arbeiter haben daran ein großes Interesse, denn dieses „Über-die-Hand-Mauern“ ist ganz besonders gefährlich, und den Arbeitern liegt selbstverständlich nicht an der geringen Rente, sondern an

Verhütung der Unfälle überhaupt.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Einige Vauberufsgenossenschaften haben solche Vorschriften erlassen, das Reichsversicherungsamt sollte für ihren allgemeinen Erlaß sorgen. (Zust. b. d. Soz.)

Sichhoff (Sp.) behauptet, von dem Vorredner mißverstanden zu sein, er wolle lediglich eine einheitliche Behandlung vor dem Oberverwaltungsgericht und vor dem Reichsversicherungsamt.

Die Diskussion schließt, das Kapitel wird angenommen.

Es folgt das Kapitel „Kanalamt“.

Severing (SD.): Die in der Denkschrift des Kanalamts niedergelegten Grundsätze gegenüber den Arbeitern sind ja sehr schön, nur werden sie leider nicht befolgt. So wenig wie die Betriebe der Militär- und Marineverwaltung wird das Kanalamt von sozialpolitischen Prinzipien geleitet. In der Denkschrift heißt es, daß, wenn irgend möglich, einheimische Arbeiter beschäftigt werden sollen. Wir haben nichts gegen die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter, wenn sie nicht zu niedrigeren Löhnen erfolgt, als wie der einheimischen. Aber die Kanalverwaltung bzw. die von ihr beschäftigten Privatunternehmer zahlen den ausländischen Arbeitern geringere Löhne (Sehr wahr! b. d. Soz.) und deshalb werden massenhaft Statikener, Holländer etc. angelockt und zwar

unter direkt kriegerischen Vorbedingungen

(Hört, hört! b. d. Soz.) Einheimische in Hamburg angefertigte Kanalarbeiter erhielten keine Arbeit bei dem Kanal (Hört, hört! b. d. Soz.) Ist das etwa Neutralität in sozialpolitischen Dingen? Die Herren von der Rechten sprechen immer vom Schutz der nationalen Arbeit. Gehört der Schutz der Arbeiter nicht dazu? (Sehr gut! b. d. Soz.) Man klagt, daß die Gewerkschaften schuld seien an der Unzufriedenheit der auswärtigen Arbeiter am Kanal. Diese Schuld nehmen die Gewerkschaften gern auf sich, denn die Unzufriedenheit mit menschenunwürdigen Zuständen ist ein gewaltiger Kulturhebel. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ganz ungenügend ist auch die Handhabung der Schuttsvorschriften. Das Kanalamt begünstigt, zuwider den Interessen der Arbeiter, die Errichtung kleiner weniger leistungsfähiger Betriebe seitens einzelner Unternehmer. In den Grundsätzen ist von der Bedeutung der Arbeiterausschüsse die Rede. Zu Wirklichkeit besteht gar keine Garantie, daß die Arbeiter, die in diesen Ausschüssen die Interessen ihrer Kameraden vertreten, nicht gemahregelt werden. — Biersch wird über den Mangel an frischem Trinkwasser geklagt; den Alkoholisimus bekämpft man nur mit Worten, nicht aber mit wirklichen Maßregeln. So wird z. B. nicht für frischen Kaffee gesorgt. Auch die Baracken lassen manches zu wünschen übrig, und dabei ist der Betrag, mit welchem ihre Benutzung auf den Lohn angerechnet wird, erhöht, der Lohn selbst erniedrigt worden, erst kurz vor Weihnachten ist wieder eine Lohnreduktion erfolgt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die schönen sozialpolitischen Grundsätze der Denkschrift sind also, um mit Freig Redner zu sprechen, „Rindfleisch und Plummern, aber wir kriegen sie nicht“. Möge die Kanalverwaltung dafür sorgen, daß aus dem bloßen Schaugericht ein wirklich nahrhaftes Gericht für die Arbeiter wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Geheimrat v. Fonquiere: Nach Möglichkeit beschäftigten wir einheimische Arbeiter, doch kann die Veranschaulichung auswärtiger nicht ganz vermieden werden. Von

den Miltständen, die der Vorredner erwähnt hat, ist uns nichts zu Ohren gekommen, wir werden unteruchen, wie weit diese Angaben auf Tatsachen beruhen. Ich verweise übrigens auf das Urteil des fortchrittlichen Abgeordneten Leonhard, welcher der sozialen Fürsorge durch die Kanalverwaltung ein außerordentlich warmes Lob spendet. (Hört, hört.)

Dr. Hahn (Kt.): Die Parteien, die für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten, haben auch das politische Verständnis für den Schutz des deutschen Arbeiters. (Hört, b. d. Soz.) — Redner verbreitet sich, vom Vizepräsidenten Dr. Spahn oft, aber stets vergebens zur Sache gerufen, über die holländische Schiffsahrt und über die Konkurrenz, die sie der deutschen Binnen- und Küstenschiffsahrt bereitet, und bekräftigt eine Resolution, wonach zu Zwecken der Binnenschiffsahrt der Nordostkanal ausschließlich der deutschen Flagge vorbehalten bleiben soll. (Beifall! rechts.)

Geheimrat v. Fonquiere: Der Annahme der Resolution stehen rechtliche Bedenken entgegen, wir können ohne ein Spezialgesetz Ausländer von der Binnenschiffsahrt nicht irgendwie ausschließen.

Spehmann (Zp.) begründet eine von ihm in Gemeinschaft mit dem Nationalliberalen Wommelsdorff gestellte, von Fortschrittler, Nationalliberalen, Sozialdemokraten, Reichsparteiern, Polen und Antifemiten unterstützte Resolution auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Prüfung der Forderung des projektieren Eternförder Kanals.

Wommelsdorff (ML) spricht sich in demselben Sinne aus.

Geheimrat v. Fonquiere bittet von der Einsetzung einer besonderen Kommission abzusehen.

Leonhart (Vpt.) wendet sich gegen die Resolution Hahn und rühmt die Ordnung und Verpflegung in den Baracken, in denen die ausländischen Arbeiter am Kanal untergebracht sind.

Die Debatte schließt; das Kapitel wird bewilligt. Die Resolution Spehmann-Wommelsdorff wird abgelehnt, die Resolution Hahn kann noch nicht zur Abstimmung kommen, da sie noch nicht gedruckt vorliegt.

Es folgt das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“.

Dr. Marcour (Z.) begründet eine vom Zentrum beantragte Resolution, die einen Gesetzentwurf verlangt, durch welchen die sog. Abonnementversicherung (Verbindung von Zeitungsabonnement und Versicherung) verboten wird. Man habe versucht, diesem Mißbrauch auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb entgegenzutreten, aber vergeblich.

Dr. Funck (ML) begründet eine von seiner Partei beantragte Resolution, die eine Denkschrift darüber verlangt, welchen Umfang die Abonnementversicherung angenommen hat und ob Mißstände dabei hervorgerufen sind. Der Antrag des Zentrums sei viel zu radikal und würde auch ganz lokale Versicherungsgesellschaften unterbinden. Schon heute schützt das Aufsichtsamt für Privatversicherung den Versicherungsnehmer. — Redner wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Verpflegung der Versicherungsgesellschaften, einen bestimmten Teil ihres Kapitals in Reichs- und Staatspapieren anzulegen. Das ist eine gefährliche Finanzpolitik, gegen die ich den Schutz des Aufsichtsamtes anrufe. Dann das Aufsichtsamt soll den Versicherern als den schwächeren Teil schützen. Möge es ihn nicht nur gegen die Gesellschaften, sondern auch gegen den Staat schützen! Das ist auch eine Forderung gejunger Mittelstandspolitik (Bravo! b. d. Liberalen.)

Ministerialdirektor Caspar (schwer verständlich) antwortet auf die Ausführungen der Abg. Marcour und Funck, die er als sehr beachtenswert bezeichnet. Große Mißstände haben sich jedoch bei der Abonnementversicherung nicht herausgestellt.

Schwarz-Lübeck (SD): Die Abonnementversicherung ist eine der unangenehmsten Blüten am Baume des mo-

auch in das erneuerte ertliche Bündnis mit aufgenommen, nicht mehr Ruße fand, seine vierbeinige männliche Amme zu übermachen, gelang es dieser, das heißt dem halbtoten Waldmann, seinen ihn schwerer als manche Krone drückenden Hörnerschmutz abzustreifen. Er feierte solchen Triumph der Freiheit augenblicks durch eine Stellung, wie freie Hunde dieselbe allerdings häufig einzunehmen pflegen, wie man sie aber bei offener Szene nicht zu sehen gewöhnt ist. Er veragte — was so manchem Künstler geschieht — den Charakter seiner Rolle als Siegfried und fiel gänzlich in den Hund zurück. Die Tränen, welche dem rührenden Schauspiel zu Ehren aus den Augen reichlich versammelter Zuschauer strömten, würden durch Waldmanns Beitrag zum Ensemble wahrscheinlich gehemmt worden sein, wenn nicht Samuel-Siegfried so viel Fassung gewonnen hätte, seinen pfalzgräflichen linken Fuß aus der Gruppe, in die er samt Gattin und Kind verschlungen stand, momentan zu lösen und den rückwärtslosen Impulsfaktor in dieselbe Kralisse, die dieser eben entweichte, tief hineinzuschleudern. Der Effekt des Dramas war gerettet, — aber Waldmann hatte ausgerungen; sein erster Auftritt auf die Bühne war sein letzter fürs Leben geworden. Der Gastwirt machte nicht viel Aufhebens davon; denn, meinte er, ich hätte ihn ja doch totschlagen lassen müssen, er war schon zu „infallig“.

Das Schauspiel hatte eine gute Stunde gedauert, nicht länger. Möchten sich manche Bühnendichter an solch gediegener Kürze ein Beispiel nehmen.

Die Landleute zerstreuten sich bald. Bier und Schnaps hatten sie schon während der Darstellung genossen, nicht minder ihre Pfeifen geraucht, ganz wie man es jetzt, zu Zeiten unserer geistigen Fortschritte, in großstädtischen Sommertheatern zu tun beliebt. Am nächsten Morgen hieß es zeitig aufstehen. Sie gingen also gleichgültig von dannen. Hier und da hörte man eine melbliche Stimme ausrufen: „Wunderschön haben sie's gemacht!“ Damit war alles gesagt und vergessen.

Aber Anton!

Zwar hatten sich unter den mancherlei „Lesebüchern“, die er vom Schlosse dargeliehen erhalten, auch bisweilen ältere Schauspiele befunden. Diese waren von ihm mit lebhafter Teilnahme durchgesehen worden. Auch war seiner stets aufmerkamen Witzbegier der Unterschied zwischen Erzählung und Drama aufgefallen, und die fesselnde Handlung einiger Stücke hatte ihn beängstigend ergriffen. Niemals war ihm der Gedanke klar zum Bewußtsein gekommen, daß derlei Werke in der Absicht geschrieben würden, von Menschen leibhaftig verflucht zu

werden. Nun trat ihm eine solche allerdings verstimelte, in erbärmlicher Sprache abgefaßte und ebenso unrichtig vortragene, nichtsdestoweniger in ihrer ewig poetischen Grundlage unverwundliche Dichtung vor das leibliche Auge, nahm Form und Gestalt vor ihm an und ließ ihn in raschem Fortgange des belbehaltenern, ursprünglich meisterhaften Szenenbaues den teilweise abernen, fast gemeinen Dialog vergessen, dessen Mangelhaftigkeit ihm sonst gewiß nicht entgangen sein würde. Dazu bewegte sich Bärbel wirklich schön und edel, sah bezaubernd aus, so daß sie in ihm neben schuldigen Mitleid für ein gausam verstogenes Weib nicht minder Gefühl ganz entgegengelegter Gattung erweckte, von denen er zwar nicht verstand, sich Rechenschaft abzulegen, die aber mit jenen des verbrecherischen Solo ein wenig harmonierten.

Und dieser Solo! Kein Zweifel mehr, es war der Ausrufer mit der Trommel, war der Herold der Komödianten, war der schwarze Wolfgang im abenteuerlichsten Kuße, der ihn sehr gut kleidete.

Wolfgang, der Vagabund nachbarlicher Kirchspiele, ist unter die Schauspieler gegangen? — Wie war er darauf geraten; wie dazu gelangt? Wie hatte er erreicht, hinein kaum zwei Monaten so viel Übung zu gewinnen, daß er neben Samuel und Bärbel sich leidlich ausnahm? Und was bedeutete überhaupt das Leben und Treiben dieser Menschen, ihr Umherziehen von Dorf zu Dorf, ihr ganzes Gewerbe? Was wollten, was sollten sie in der Welt? Welchen Nutzen schafften sie? Gab es viele solche Leute? Gab es ihrer auch in Städten; in Städten, von denen er so vielerlei gelesen und gehört, deren keine er gesehen? Et ja wohl, denn Buschel und Ruchs erwähnten bisweilen des „Theaters“, hatten es, wie Anton sich zu erinnern meinte, sogar einmal besucht. Also das war das Theater! Aber in der Stadt mußte es anders sein! Größer! Schöner! Und gebildete Spieler darauf! Dort würde Wolfgang nicht bestehen samt all seiner Keckheit! Wolfgang, derselbe schwarze Wolfgang, der sich in Brantwein zu Tode saug —

Gerade so weit war Anton mit seinen rasch aufeinander folgenden, sich gleichsam überschützens Gedanken gediehen, als der nämliche Wolfgang, dem letztere gegolten, hinter einem mit verblühenen Baumschlag bedeckten Leinwandflügel hervortrat, noch in die bettelhafte Pracht des Dorfkomödianten gehüllt, worin er sich allzusehr gefiel, um sie fürs erste abzulegen.

(Fortsetzung folgt.)

bernen Zeitungswezens. Eine anständige Zeitung, einerlei welcher Richtung, die ihren Lesern einen Inhalt zu bieten weiß, wird nicht verstanden, durch solche Mittel, wie Versicherung usw. sich Abonnenten zu kapern. Hinzukommt, daß naturgemäß der Wert der Versicherung im allgemeinen recht zweifelhafter Natur ist. Wenn im Inseratenteil zu lesen ist „der Witwe des Verunglückten sind 800 Mk. ausbezahlt worden“, so wirkt das unangenehm reklamistisch. Aber weit bedenklicher ist es, daß die Bedingungen der Versicherung meist abschließend so gehalten sind, daß der einfache Mann sich nicht durchfinden kann. Schon der Druck ist ein so kleiner, daß niemand die Bedingungen lesen und die darin enthaltenen Fußangeln zur Kenntnis nehmen soll.

Auch in Lübeck sind diese unschönen Erscheinungen zutage getreten.

Das Zentrum tritt hier gegen diese Abonnentenversicherung auf; aber die Zentrumspresse betreibt dieses Geschäft recht munter. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch das Leitblatt des Herrn Giesberts in Essen hat eine Abonnentenversicherung. (Hört, hört! bei den Soz.) Vollständig frei von solchen Manövern hält sich nur die Arbeiterpresse. Wir werden für die Resolution des Zentrums stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Potthoff (Hortfähr. Vpt.): Wir stimmen für die nationalliberale Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift (die übrigens schon längst hätte vorgelegt sein können), aber gegen die viel zu weitgehende Zentrumsresolution. — Leider scheint die Regierung zu beabsichtigen, im Geleitwort über die Privatbeamtenversicherung, die Fortsetzung der Wertpapiere zu verlangen. Der schlimmste Mißstand in der Klasse ist, daß Angestellte und Arbeiter durch Anstellungsvertrag zu Beiträgen für diese Klasse verpflichtet werden, welche verfallen, wenn die Angestellten aus dem Betriebe ausscheiden. Das Aufsichtsamte sollte schärfer auf diese Wertpapiere-Fassungen aufpassen und ihnen nicht mildere Bedingungen stellen, als den privaten Versicherungs-Gesellschaften.

Staatssekretär Deibrück: Die Ausführungen des Vorredners scheinen mir nicht in allen Punkten zutreffend zu sein. Wir unterhalten uns aber über die Wertpapiere besser nicht hier, sondern bei der Privatbeamtenversicherung, also hauptsächlich in nicht allzu ferner Zeit. — Redner erklärt sich bereit, eine Umfrage über Umfang und Wirkung der Abonnentenversicherung zu veranstalten.

Giesberts (Z.): Die Erklärung des Staatssekretärs ist entgegenkommender als die des Ministerialdirektors Caspar; dessen Ausführungen klangen wie eine Reklame für die Abonnentenversicherung. (Sehr richtig!) Bei der Umfrage müssen auch die Organisationen der Presse befragt werden. 99 Proz. davon werden die Abonnentenversicherungen rückhaltlos verwerfen. Sie ist ein Schädling am Baum der deutschen Presse, und dieser Schädling muß tot gedrückt werden. (Bravo! i. Zentr.)

Staatssekretär Dr. Deibrück: Der Ministerialdirektor Caspar hat keine Reklamerede für die Abonnentenversicherung gehalten, er hat ihren Umfang geschildert, um zu zeigen, daß es nicht so ganz einfach ist, hier gesegensreich einzugreifen. Jedenfalls muß ich hoffen, daß die „Essener Volkszeitung“ (das Organ des Herrn Giesberts) die Rede des Ministerialdirektors nicht zur Reklame für die von ihr neu eingeführte Abonnentenversicherung benutzen wird. (Große Heiterkeit.)

Stolle (SD.): Die großen kartellierten Versicherungs-gesellschaften haben eine gewaltige Macht in Händen, indem die nicht kartellierten Gesellschaften zur Rückversicherung nicht zugelassen werden. So wird ein unheilvoller Kampf von den kartellierten Gesellschaften geführt und sie erzielen dabei Riesenergebnisse. Bis dahin bis zu 100 Proz. werden ausgezahlt, und zwar auf Einzahlungen von 10, 20 oder 30 Prozent des nominalen Kapitals. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Riesenergebnisse werden durch

eine Auswucherung des Publikums

gemacht. Wir verlangen die Verstaatlichung der großen Versicherungs-gesellschaften und dazu müßte die Feuer-versicherung, die Hagelversicherung und andere wichtige Versicherungsarten obligatorisch gemacht werden; das wäre ein sehr großer Fortschritt. (Lebhafte Bravo! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Caspar: Die von Herrn Stolle angelegten Fragen sind im Aufsichtsamte für Privatversicherung eingehend erörtert, und ihr Resultat in einer Denkschrift niedergelegt.

Dr. Junck (M.) fragt, ob man die privaten Versicherungs-gesellschaften zwingen will, einen Teil ihrer Gelder in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. Einer solchen Absicht müßte man entgegen Widerstand entgegen- setzen.

Staatssekretär Dr. Deibrück: Diese Frage vermag ich nicht zu beantworten, da noch Erwägungen hierüber hängen.

Die Debatte schließt. Das Kapitel wird bewilligt. Die beiden Resolutionen werden angenommen.

Die zum „Kanalarbeiter“ gehörende Resolution Bahn liegt jetzt im Druck vor und wird zur Abstimmung gebracht, sie wird abgelehnt.

Bei den einmaligen Ausgaben hebt

Spahn: Wenn die Bedeutung des internationalen Systems für Sozialbibliothek hervor; bei ihm habe sich eine Abreitung zur Herausgabe einer allgemeinen Zeitungs- bibliographie gebildet, die leider beim Reichsamt des Innern kein Gegenkommen gefunden habe. Redner geht auf die Beschreibungen dieses Ausschusses ein und wird unter großer Heiterkeit vom Vizepräsidenten Dr. Spahn (dem Vater des Redners) zur Sache gerufen.

Wallermann (M.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die geplante Südpolar-Expedition; hauptsächlich werde das Reich zur Bearbeitung ihrer Resultate Mittel gewährt.

Geheimerat Leinold: Das Reich bringe der Expedi- tion das größte Interesse entgegen.

Decker (M.): Angenehmer wie diese platonische Redeerklärung wäre für die Expedition eine Unterstützung aus Reichsmitteln. (Sehr richtig.)

Staatssekretär Dr. Deibrück: Wir müssen uns bei den einmaligen Ausgaben beschränken, bis unsere Finanzen besser sind.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Staats werden bewilligt.

Bezüglich wird noch über die Kommissionsresolution betr. „Lebhafter Mangel“ zur Erhaltung der Bau- und Maschinenindustrie abgehandelt; sie wird einstimmig angenom- men.

Beim außerordentlichen Etat werden zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen zwei Millionen Mark ver- langt.

Ein Antrag Albrecht (SD.) wird diese Summe auf vier Millionen erhöht.

Jäger (Z. unverständlich) scheint sich prinzipiell für, jedoch gegen den Antrag auszusprechen.

Hoch (SD.): Im vorigen Jahre haben alle Parteien sich geradezu verpflichtet, in diesem Jahre hier einen Betrag von 4 Millionen einzusetzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was hat es für einen Sinn, sich für den Bau von Kleinwoh- nungen auszusprechen, wenn Sie in der Praxis nicht die notwendigen Mittel bewilligen wollen. Lösen Sie Ihr Wort ein und nehmen Sie unseren Antrag an. Die zwei Millionen spielen bei unserem Milliardenetat wirklich keine Rolle. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Wermuth: Wir haben in zehn Jahren zur Förderung von Kleinwohnungen 30 Millionen ausgegeben, das ist doch keine Kleinigkeit. Wir müssen nicht sparen.

Hoch (SD.): Sparen sollen wir bei den Ausgaben für Meer und Marine, nicht aber bei Kulturaufgaben. Außerdem sind diese 4 Millionen versprochen worden. Gilt denn in Deutschland noch ein Ministerversprechen? (Sehr gut! b. d. Soz.)

Staatssekretär Deibrück: Mein Versprechen im vori- gen Jahre war nicht blühend, sondern verstand sich mit Rücksicht auf die Finanzlage. (Lachen bei den Sozialdemo- kraten.)

Hoch (SD.): Ich beziehe mich auf die Erklärungen des Staatssekretärs vom 5. März des vorigen Jahres. (Zust. b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der So- zialdemokraten abgelehnt.

Die Positionen des außerordentlichen Stats werden be- willigt.

Um 1/9 Uhr schlägt Vizepräsident Spahn vor, noch in die Beratung der Abänderung des § 15 des Zolltarifgesetzes einzutreten. (Widerbruch links.)

Dr. Wiemer (Vpt., zur Geschäftsordnung): Ich bitte dringend, den Gegenstand abzusetzen, und überhaupt mit der überaus großen Ausdehnung der Sitzungen zu brechen. (Leb- hafte Zustimmung links.) Darunter leiden die parlamenta- rischen Geschäfte und die Gesundheit der Mitglieder; auch haben wir auf die Vertreter der Presse und die Angestellten und Beamten des Hauses Rücksicht zu nehmen. (Lebh. Zust. links.)

Ledebour (SD.): Nicht nur im Plenum, sondern auch in den Kommissionen wird forciert gearbeitet, morgen will die Budgetkommission schon um 9 Uhr früh tagen. Da der Etat zum 1. April doch nicht fertig wird, sollte man normale Sitzungen wieder einführen. Durch die Überarbeit- ung hat vor kurzem ein nationalliberaler Herr in einer Kom- mission einen schweren Unfall erlitten, und ebenso im Plenum einer der Herren Stenographen. Ich bitte, jetzt den Gegen- stand abzusetzen und von morgen ab wieder normale Sitzun- gen stattfinden zu lassen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozial- demokraten.)

Wellstein (Z.): Die langen Sitzungen werden nur durch die übermäßig langen Reden verurteilt. Müßigen Sie sich in den Reden (Lebhafte Zurufe links: wer), dann werden wir nicht über zu lange Sitzungen zu klagen haben.

Dr. Mugdan: Gerade Redner des Zentrums müßten mehrfach in ihren Reden auf die Sache verweisen werden, und dann erinnere ich auch an Herrn Hahn. (Sehr gut!)

Wiemer (Vp.): Sollte es zur Abstimmung kommen, so erkläre ich schon jetzt, daß ich die Beschlußfähigkeit be- zweifle. (Beifall links.)

Ledebour (SD.): Ein großer Teil der Kalamität ist durch die Regierung veranlaßt, die den Etat zu spät ein- bringt. Der wichtige Etat des Auswärtigen Amtes und der Reichsanleihe ist heute noch nicht in der Kommission beraten. (Hört, hört! links.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Das Bureau schließt sich dem Zweifel an der Beschlußfähigkeit an. Ich beraume die nächste Sitzung an auf morgen 1 Uhr mit der Tagesordnung: Reiz der heutigen Tagesordnung. Darnach: Gelder zur Kalipropaganda.

Schluß kurz vor 9 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 20. März 1911.

Der Vorsitzführer-Stellvertreter Helmsohn eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

Der Senat erbt bekannt, daß die Abtrennung der Seminarbildungsschule vom Lehrerseminar am 1. April 1911 stattfindet; als Übungsschule gilt von dem Zeitpunkt an die Marienschule.

Die Wahl der Kommission zur Prüfung des Senatsdekretes vom 2. November 1910, betr. Heranziehung hiesiger Privatarchi- tekten zur Mitarbeit an den städtischen Bau- aufgaben ergab folgendes Resultat: Böhs, Blum, Gumpel, Blasau, Schöb, Steuber, Dr. Wittern, Erbsmann sind; Keller, Sartori und Schwabrock.

Der erste Senatsantrag betr. die Änderung des Artikels 50 Ziffer IV der Verfassung (Erhebung von Gebühren) wird nach einer Einwendung Schiemanns, der von Senator Dr. Neumann widersprochen wird, angenom- men.

Als zweiter Gegenstand steht zur Beratung die weitere Anwendung des Wertzuwachssteuer- gesetzes vom 24. Februar 1909.

Schulmerich: Es wäre richtiger gewesen, wenn die Bürgerschaft Einmütigkeit in die Sache hätte nehmen können; so müßte sie sich allem auf die Auskunft der Steuerbehörde ver- lassen. Die Einkommensteuer sei in dem Bericht der Steuer- behörde in 12 Seiten behandelt, die Wertzuwachssteuer werde dagegen in einigen Zeilen abgetan. Mit diesem Bericht der Steuerbehörde könne sich die Bürgerschaft nicht zufrieden geben. Redner stellt ein Gesuch, im nächsten Bericht diese Angelegenheit ausführlich zu behandeln.

Senator Dr. Vermehren widerspricht dem Vorredner. Es sei die Meinung vorherrschend gewesen, daß die Reichs- steuer alsbald eingeführt werden müsse, sodas die Nach- prüfung der Ergebnisse nicht mehr die Bedeutung gehabt habe, die ihr zugemessen worden sei. Redner geht auf Ein- zelheiten des Reichsgesetzes ein, und führt an, daß die Wert- zuwachssteuer im Jahre 1910 für Lübeck 164 000 Mk. ge- bracht habe, nach dem Reichsgesetz wären dem Staate nur 2200 Mk. zugefallen. Mehr als die Hälfte der bisherigen Wertzuwachssteuer werde in Zukunft nicht eingehen. Würden wir die Reichwertzuwachssteuer sofort einführen, könn- ten wir vom Reiche bis 1913 einen Zuschuß über den bis- herigen Durchschnitt erhalten.

Dr. Görg: Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei so- fertiger Inkraftsetzung der Reichwertzuwachssteuer ein be- deutender Einnahmeausfall für unseren Staat stattfinden würde. Die Grundstücksbesitzer werden sich bei der jetzigen Sachlage den Zeitpunkt der Einführung der Reichwert- zuwachssteuer merken und die Geschäfte so weit hinaus- schieben. In diesem Falle hätten wir noch größeren Schaden, als wenn wir sie sofort einführen.

Senator Dr. Vermehren: Wir können nach dem Reichwertzuwachssteuergesetz Zuschläge erheben, doch wird ein Einnahmeausfall von 8000 Mark jährlich eintreten.

Schulmerich fragt an, bis wann der Antrag beim Reichsanleihe gestellt werden muß. Wenn wir Zeit zur Prüfung haben, sollten wir heute nicht gleich ja sagen. Die

Bürgerschaft war der Meinung, daß das Gesetz nicht eine bestimmte Frist festgelegt werden soll. Ist das Ge- setz genügend geprüft, kann man nichts gegen das Vorgehen des Senats saen.

Senator Dr. Fehling: Früher war die von He- schulmerich herangezogene Senatserklärung richtig, durch veränderte Sachlage ist sie unhaltbar. Es ist alles sorgfältig geprüft. Der Versuch, unser Gesetz bis 1913 in Kraft lassen, muß gemacht werden, damit wir in den nächsten Jahren Erfahrungen sammeln können.

Dr. Wittern: Es gibt Senatsvorlagen, die mit u- solche, die ohne Debatte angenommen werden. Hier hä- man nach dem bekannten Spruch handeln sollen: „Be- du geschwiegen hättest, wärest du ein Philosoph ge- blieben.“

Dr. Görg: Ich möchte nur erfahren, ob wir ein finanziellen Nachteil haben, wenn wir das Gesetz sofort ein- führen. Hat das Lübeckische Gesetz bis 1913 Wirkung, wi- die von mir gegebene Befürchtung eintreten. Es wäre ge- wenn der Antrag auf zwei Monate zurückgestellt wer- könnte.

Senator Dr. Vermehren: Vom 1. April 1911 tritt das Reichwertzuwachssteuergesetz in Kraft und damit sind alle Landessteuern hinfällig. Wie das neue Gesetz an- das Publikum wirkt, können wir vorher nicht wissen. D- von Herrn Dr. Görg gehegten Befürchtungen werden nicht eintreten.

Senator Dr. Fehling: Im finanziellen Interesse Lübecks sollte Herr Dr. Görg seine Bedenken zurückstellen. Die Verhandlungen in Berlin sind bereits eingeleitet un- werden rechtzeitig zum Abschluß gebracht.

Der Senatsantrag wird angenommen, da- Er suchen von Hauptlehrer Schulmerich eben- falls.

Beihilflos genehmigt wird der Antrag betr. den Sta- der Verwaltungskosten des Hauptzollamte für das Rechnungsjahr 1911.

Beim folgenden Antrag betr. den Erlaß eine- fünften Nachtrages zum Beamtengeset- kommt

Grünau auf die Beratung des Beamtensoldungs- etats zurück, bei der Zusicherungen gegeben wurden, di- Löhne der Bureauhilfsarbeiter aufzubessern. Bis heute ist jedoch keine Nachricht zugegangen, trotzdem die Aufbesserung- ebenso dringend ist wie die der Beamten.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Beim folgenden Antrag: Bau einer Stra- ßen- bahnhagenhalle an der Finkenstraße gibt

Schöb den Kommissionsbericht und weist auf die vor- geschlagenen erheblichen Abstriche hin, die er für berechtigt hält. Es sind in den Voranschlag höhere Preise eingefügt worden als die Handwerker fordern. Die Eisenkonstruktion- ergibt nach meinem eingeholten Gutachten allein eine Diffe- renz von 8000 Mk. gegenüber dem Kostenschlag. Es könn- ten von der geforderten Summe getrost 25 000 Mk. gestrichen werden. Kam der Senat mit dem Gelde nicht auskommen, kann man ja einmal den Versuch machen, die Arbeit den Privatarchitekten zu übergeben.

Schulmerich: Vor fünf Monaten wurde hier die Ein- führung der Zeitabonnements der Straßenbahn besprochen. Bis heute ist aber ein Bericht der Kommission nicht vorge- legt. Das bestehende Abonnement auf der Marktlinie hätte- mindestens beibehalten werden müssen. Erfahrungen, die- man sammeln will, können auf diesem neu eingeschlagenen Wege überhaupt nicht gesammelt werden. Durch die Wäl- desfahrarten kann man erst recht nicht nachweisen, auf wel- welcher Strecke sie abgefahren werden. Schwere wirtschaft- liche Schädigungen sind in Markt eingetreten durch die Auf- hebung der Zeitabonnements; viele Wohnungen sind des- halb dort gekündigt worden. Heute würde die Abstimmung- anders ausfallen. Wann kommt der erbetene Bericht?

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet, daß der einzelne Abonnent bei Zeitfahr- arten auf der Marktlinie für 8,86 Wfg. die Strecke fahren würde, dem Staat aber kostet die einzelne Fahrt pro Person ohne Verzinsung und Amortisation 7,1 Wfg. Der Staat kann doch kein Geld zulegen. Abonnementkarten sind für den Staat ein Vorteil aber wir werden uns den gleichen Einrichtungen anderer Städte nicht verschließen können, eine mehrjährige- Erfahrung ist jedoch notwendig. Die Selbstkosten muß der Abonnent mindestens tragen, um so mehr, da dieser doch den- gleichen Platz beansprucht wie der Vollbezahrende; zudem bezahlt der Abonnent die Bahn gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Bahn so wie so schon vollbesetzt ist. Mit den neuen Maßnahmen müssen wir vorsichtig sein, denn ist einmal ein Abonnementpreis festgesetzt, hält es schwer, ihn zu erhöhen. Die große Zinsenlast und das Anlagekapital erheischen Vor- sicht.

Senator Dr. Vienaun bezweifelt die Ausführungen des Architekten Schöb. Der Voranschlag sei auf Grund von eingeholten Grundangaben bei Handwerkern und Berech- nungen der Baudeputation aufgestellt. Erprobungen wolle die Behörde selbstverständlich machen, um am Jahresschlusse- günstig abschließen zu können. In einem Kostenschlag könne man nicht immer die geringste Summe ansetzen. Die Arbeiten der neuen Linien würden in den nächsten Wochen in Angriff genommen und die neuen Wagen zu Wägen ein- treffen. Redner geht auf die Ausführungen Schulmerichs ein und behauptet

Nach einer kurzen Antwort von Senatsrat Schmidt wird der Senatsantrag abgelehnt und der Antrag Schöb, statt der ursprünglich geforderten 80 000 Mk. nur 55 000 Mk. einzustellen, angenommen. Für die Zentralheizung werden 4500 Mk. bewilligt.

Der nächste Antrag lautet: Schaffung geordneter Orchesterverhältnisse.

Coleman hält die Aufwendung so bedeutender Mittel angeht die Lage unseres Budgets für bedenklich. Es müsse endlich einmal gespart werden. Leider verfolge die Bürgererschaft meistens, wenn gespart werden könnte. Bei der Volksschule, wo es unangebracht sei, wolle man allerdings sparen. Bedinglich finanzielle Bedenken seien für ihn maßgebend, gegen den Antrag zu stimmen, denn die Beiträge des Musikvereins erkenne er an. Sehr angenehme Perspektiven für die Zukunft ergäben die fortwährenden Mehrforderungen des Musikvereins. Auch die Pensionierung der Musiker stehe im Hintergrund. Dem Festschaltenverein sei man nicht so entgegengekommen, trotzdem der Verein gemeinnützig wirke. Die erhöhten Forderungen sind durch die erhöhten Löhne und die Jahresengagements entstanden. Die interessierten Kreise müssen eben dazu beitragen, um den Mehrforderungen gerecht zu werden. Der Musikverein muß am Orchester sparen und für größere Einnahmen sorgen; das erste ist möglich, ohne die Leistungen zu beeinträchtigen, kein Vadeo von der Größe Travemündes kann sich eine Kapelle von 50 Mann leisten. Für die Hauptproben der Sinfoniekonzerte sollte ein Eintrittsgeld erhoben und dasjenige für die vollständigen Konzerte erhöht werden. Auch der Vertrag mit dem Theater muß abgeändert werden. 50 Mann oder 62 sind für kleinere Opern und Spielopern garnicht erforderlich. Im Notfall kann die Militärmusik aushelfen, die noch nie versagt hat. Andere, größere Städte beschaffen sich mit kleineren Orchestern und achten beschränkterem Zuschuß. Redner beantragte weitere Kommissionsberatung.

H. Reimpell spricht gegen Kommissionsberatung. Erhöhte Mittel fordert der Senat nicht. Nur ein Mann soll mehr angestellt werden und zwar im Interesse der Gesundheit der Hornbläser. Die Bürgererschaft hat vor Jahren schon das Erfuchen an den Senat gerichtet, er möge ihr eine Vorlage entgegenbringen, die geordnete Orchesterverhältnisse schaffe. Der Senat muß deshalb dem Verein die Mittel geben, damit die sozialen Verhältnisse der Musiker gehoben werden. Der Verein wird sich nicht auf Bedingungen einlassen, bei dem er nicht auf seine Rechnung kommt. Viele tüchtige Orchestermittglieder sind nur hier geblieben, weil sie auf Regelung ihrer Lage hofften, diese Kräfte sollte man festhalten.

Löwigt: Ich hatte zuerst die Absicht, gegen den Senatsantrag zu sprechen. Die Ausführungen des Herrn Reimpell veranlassen mich jedoch, erst den Verlauf der Debatte abzuwarten und dann endgültig Stellung zu nehmen. Wir sind der Ansicht, daß die Ausgaben, welche Lübeck für Musik macht, sehr hohe sind und das Äußerste darstellen, was wir für derartige Zwecke aufwenden dürfen. Mit dieser Summe, die wir heute zu bewilligen haben werden, ist es aber sicherlich nicht Schluß; nach drei Jahren werden weitere Forderungen kommen, die wir dann schwerlich ablehnen können. Es ist ja schön, wenn wir in Lübeck über ein gutes Orchester verfügen; ich glaube aber nicht, daß wir in allem das Beste haben können. Das Theater verschlingt große Summen, und auch hier werden sie immer größer, und das in einer Zeit, wo wir ständig auf der Suche nach neuen Steuern sind. Die Konzerte sind nur von einem verhältnismäßig kleinen Kreis der Einwohner besucht. Die übrige Bevölkerung könnte zwar auch daran teilnehmen, aber warum das nicht geschieht, will ich jetzt nicht näher erörtern. In der Schule und auch sonst wird das Interesse und das Verständnis hierfür nicht genügend geweckt. Ich will weiter keine langen Ausführungen machen, sondern nur wiederholen, daß wir erst den Verlauf der Debatte abwarten und dann endgültig Stellung nehmen.

Reinhold wendet sich gegen Coleman. In Wirklichkeit geben wir dem Theater diesen Zuschuß, und daher ist eine Erhöhung der Preise für die vollständigen Konzerte unangebracht. Das Theater kam einen höheren Zuschuß an den Musikverein nicht leisten. Wenn andere Städte mit geringeren Kosten auskommen, dann muß doch entgegengehalten werden, daß die künstlerischen Leistungen dieser Städte an Lübeck nicht im entferntesten heranreichen. Vor allem aber sind die gesundheitlichen Verhältnisse der Orchestermittglieder in Betracht zu ziehen. Unsere Musiker hatten in 14 Tagen keinen freien Tag und keinen freien Abend; wenn dies öfter vorkommt, würden sie sich andere Stellen suchen. Bei einer Verminderung des Orchesters würden die schwächeren Leute zuerst entlassen, und das sind gewöhnlich die älteren Leute; das sollte verhindert werden durch Zustimmung zum Senatsantrag.

Dr. J. A. Meyer ist mit der Lösung der Frage durch die Kommission sehr einverstanden; der Weg sei gangbar und des Wertes wert. Die Bürgererschaft hat ja eine Höchstsumme festgesetzt, die man vielleicht durch Mehrnahmen herabsetzen wird. Die vollständigen Konzerte werden noch lange nicht genügend besucht von dem Publikum, für das sie vorzugsweise eingerichtet sind, wie Herr Löwigt schon mit Recht hervorgehoben hat. Der Eintrittspreis darf hier nicht erhöht werden. Wägen wir nur ein Theaterorchester, würden 45 Mann wohl genügen, aber wir haben hier doch ganz andere Verhältnisse, das Orchester soll dem Konzert und dem Theater dienen, überanstrengen darf man die Mitglieder nicht. Wenn Sie jetzt Erwartungen machen, geschähen sie auf Kosten des Theaters und dann wird im nächsten Jahre der Direktor den Kosten für die Musik erhöhen. Redner wendet sich im besonderen gegen die Colemanschen Ausführungen, denen zu folgen an Kalamitäten führen würde. Der Senatsantrag schaffe einzig geordnete Verhältnisse.

Mancau kommt auf das Theater zu sprechen, mit dem wir uns richtig einmengen hätten und behauptet, daß die Rede Reimpells in drei Jahren wiederkehre und mit ihr die Forderung nach Verstaatlichung des Orchesters. Die Verdienste des Musikvereins erkenne er rückhaltlos an. Das Begehren für die Musik sei eine zeitlang Mobsache gewesen, es habe zum guten Ton gehört, für die Sinfoniekonzerte zu schwärmen. Für die Lehrer und für Schaffung guter Gelegenheiten im Winter habe man kein Geld gehabt, für die Abtragung der Balken Rehböck ebenfalls nicht, auch habe der Senat bei der Gewerbesteuer sich an die 80 000 Mk. Warenhaussteuer geklammert, und heute wolle man 20 000 Mk. so leicht hinausgeben. Bei dieser Sache schlage man den Gesel und meine den Herrn. Wenn man den Abonnenten der Straßenbahn keine Vorteile bieten wolle, hätten wir auch keine Verantwortung, anderen Leuten billige Musik zu bieten, die sich nicht bezahlt mache. Für die Opern brauche man kein solch großes Orchester. Wenn wir eben mit dem Geld nicht auskommen würden, müsse man sich nach der Rede fressen. Die Zahl der Konzerte müsse eben eingeschränkt werden; durch diese würde der Theaterbesuch leiden. Für einen kleinen Teil der Steuerzahler soll aus dem Säckel der Allgemeinheit Musik beschafft werden.

Fehling stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, der auch angenommen wird.

Coleman bezeichnet es als ein Unrecht, ihm das Wort abzusprechen.

Dr. Wittern behauptet den eben vorgelegten Gewaltakt durch den Fehlingschen Antrag.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt.

In der Spezialberatung macht bei § 1 Schiemann einige Monitoren; der Vertrag müsse einer Kommission überlesen werden, weil verschiedene erst noch richtigzustellen sei.

Senator Dr. Fehling: Die Unklarheit scheint hier nicht im Vertrag zu liegen, sondern beim Vorredner vorzuzherrschen.

Fehling: Juristisch sind die Einwendungen des Herrn Schiemann unbedenklich.

Dr. Wittern ersucht, den Antrag 2 abzulehnen; eine solche hohe Summe soll von kleinen Steuerzahlern mit aufgebracht werden, das könne man nicht verantworten. Ein guter Sachverständiger sollte vor allen Dingen erst gehört werden, denn als absolut richtig kann das bisher ausgeführte nicht gelten. Hier sind wir nicht die Generalverwaltung des Musikvereins, sondern haben die Rechte sämtlicher Steuerzahler zu wahren. Der Musikverein hat ja einen Vertrag mit dem Theater abgeschlossen. Wenn Sie die Summe streichen, werden die künstlerischen Kreise schon für Mittel sorgen. Bei der Budgetberatung wird eine ganz andere Musik geboten werden als heute, aber dann können diese Herren, die heute so bewilligungsfähig sind, die Sparmaßregeln auch zu Hause lassen.

Senator Dr. Fehling: Nicht für einzelne Kreise wird die sehr große Summe gefordert, sondern für die Allgemeinheit. Wenn der Antrag abgelehnt wird, werden wir noch mehr bezahlen müssen.

Coleman verteidigt nochmals seine Darlegungen und tritt für Erreichung des Boiens ein. Alle Bedenken habe er schon in der Kommission vorgebracht, die allerdings keinen Anklang gefunden hätten.

Fehling tritt für die Beibehaltung des Paragrafen ein. Wenn man ein Orchester 11 Monate beschäftigen und ihm die Möglichkeit nehme, im zwölften etwas zu verdienen, müsse man es auch bezahlen.

v. Schack glaubt, daß wir uns hier einen kleinen Luxus erlauben. Wir müßten uns einschränken. Neue Steuern zu erfinden und aufzuerlegen sei nicht schwer, aber Sparsamkeit üben eine Kunst. Er kam für den Antrag nicht eintraten, trotzdem die Leistungen des Musikvereins anerkannt wert seien.

Senator D. Evers tritt für die Vorlage ein, weil durch die Meinung doch nichts erwartet würde. Die Bürgererschaft habe die Vorlage ja gefordert.

Dr. Wittern: Wenn der Musikverein nur auf Kosten anderer seine Leistungen erhöhen kann, ist es doch nicht sein Verdienst.

Coleman: Hätte damals die Kenntnis vorgelegen, daß die Ordnung der Orchesterverhältnisse mit so bedeutenden Kosten verbunden sei, wäre ein derartiger Antrag aus der Bürgererschaft nicht gestellt worden. Eine zeitweilige Hilfsmittel brächte doch eine ganz bedeutende Ersparnis.

Yehn wendet sich gegen Coleman, der mit viel zu wenig Opernaufführungen rechne, zu denen stets drei Proben gehörten, die besonders bezahlt werden müssen. Der Vorstand des Vereins der Musikfreunde hat sich wohl alles genau überlegt und fordert nicht zu viel. Die Sinfoniekonzerte erfordern keinen Zuschuß, diesen erfordern die vollständigen Konzerte und der Dienst im Theater. Lübeck weist die höchsten Dienstlöhne für die Musiker auf, da ist es auch berechtigt, sie ordentlich zu bezahlen. Nach 21 Dienstjahren bekommt ein Musiker ganze 2800 Mk., und dabei hat er nur wenig freie Tage im Jahr. Staatsregie wird, wenn Sie es ablehnen, die Folge sein, und die wird Ihnen noch teuer.

Aber den § 2 ist namentliche Abstimmung. Er wird mit 49 Stimmen angenommen, dagegen sind 23.

Die Gesamtvorlage wird hierauf angenommen.

Beim Senatsantrag betr. die Aufhebung des Schulbezirks Krempelsdorf teilt

Lauenstein mit, die Gemeinde habe ihm die Mitteilung gemacht, daß sie sich nicht mit dem Antrag einverstanden erklären könne. Die Gemeinde sei der Ansicht, die Kinder seien in Krempelsdorf besser aufgehoben, als in der St. Lorenz-Schule. Redner unterstützt den Antrag nicht, weil er sich keinen Vorbehalt davon verpicht. Man sollte warten, bis die Eingemeindung stattgefunden hat.

Senator Kulenkamp: Die Schule werde aufgehoben, weil sie sich nicht rentiert, einzig das Sparsamkeitsprinzip sei für die Schulverwaltung maßgebend. Die achtklassige Schule sei doch Besseres als die zweiklassige in Krempelsdorf. Schiebungen in der St. Lorenz-Schule finden dieshalb nicht statt.

Lauenstein: Mit der Aufhebung der Schule hätte man auch die Schulkassen aufheben sollen.

Senator Kulenkamp: Das hat der Senat auch beantragt, der Bürgerausschuß hat aber anders beschloffen. Der Antrag wird angenommen.

Angenommen wird der Antrag betr. die Anstellung eines Sekundärarztes auf der inneren Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. Beim folgenden Senatsantrag: Verstärkung der im Entwurf zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 1911 für Reklame betreffs der Industrieklandereien vorgesehenen Mittel wünscht

Böbs eine bessere Anfertigung der Karten. Dientage in Rüdlich entsprechen den Anforderungen nicht. In Rüdlich baut jetzt auch ein anderer Unternehmer; dem sollte doch auch eine Zufahrt geschaffen werden.

Der Antrag wird angenommen.

Beim letzten Antrag: Erweiterung des sielabgabepflichtigen Gebietes in Travemünde betreffend, bringt

Dr. Schömer Mißstände der Abflusssäule in Travemünde zur Sprache. Diese Verhältnisse seien überaus schlecht. Es ist im Sommer durch Anlage eines Grabens versucht worden, Verbesserungen zu machen. Der Graben ist aber teilweise wieder zugeschüttet worden, sodaß die alte Kalamität vorherrscht. Das Wasser steht in einzelnen Kellern 25-40 Zentimeter hoch. Ja es sollen Keller vorhanden sein, in denen es höher als einen Meter steht. Ich bitte hier Vorzüge zu treffen, damit andere Abflusssysteme geschaffen werden, menigstens muß der Graben wieder hergestellt werden, um das Eindringen des Wassers in die Keller zu vermeiden. Eine Beschwerde Travemünder Einwohner an den Senat war erfolglos.

Grünau befragt das vom Vorredner Gesagte und ersucht die Angelegenheit im Auge zu behalten.

Schluß 10 Uhr 40 Min.

Aus der Partei.

Die Ehrung der Berliner Märzgefallenen. Sonnabend, den 18. März, war der Friedhof der Märzgefallenen am Friedrichshain in Berlin wieder wie alljährlich, das Ziel Tausender von Besuchern. Zahllose Organisationen hatten Kränze mit großen Schleifen, die entsprechende Widmungen trugen, niedergelegt. Besonders auffällig waren

Bestmal die zahlreichen Kränze der Demokraten, die diese Gelegenheit zu einer Demonstration für die junge Partei benutzten. Auch aus Bremen, Breslau, Köln, Nürnberg, Stuttgart waren Kränze von den Demokraten eingegangen. Die Polizei übte strenge Zensur über die Schleifeninschriften. Eine ganze Reihe Schleifen fielen dieser Zensur zum Opfer. Die Polizei schnitt entweder nur die Widmungen, in einzelnen Fällen auch die ganze Schleife ab. Eine Anzahl Kränze wurden sogar vollständig stillert, so auch die Deputation, die im Namen von Arbeitern der Staatswerkstätten einen Kranz mit der Aufschrift: „Trog alle dem“ niederlegen wollte. Welche Schleifenenden wurden von der Polizei abgeschnitten. Unter den Kränzen ragen besonders hervor: die Kränze der „Vorwärts“-Redaktion, der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages, des sozialdemokratischen Verbandes Groß-Berlin. Der Gesamtschick blieb hinter den früheren Jahren etwas zurück. Es mag das wohl darauf zurückzuführen sein, daß der 18. März auf den Sonnabend fiel und daß Groß der Arbeiter den Sonntag benötigte, um die Gräber zu besuchen.

Amtsvorsteher v. Burgdorff und die „pöbelhaften“ Sozialdemokraten. Vor dem Landgericht Frankfurt a. O. oder hatte am Mittwoch Rittergutsbesitzer von Burgdorff Mitglied des Herrenhauses, sich wegen Verleumdung zu verantworten. Er wird beschuldigt, von dem Arbeiter-Radfahrverein „Frisch auf“ zu Unter-Lindow (bei Miltros) als von „sozialdemokratischem Böbel“ gesprochen zu haben. Herr von Burgdorff hatte als Amtsvorsteher dem Verein anlässlich eines Stiftungsfestes den Bierauschank auf dem Festplatze verweigert. Zu dem Gästewirt Feldner, der die Genehmigung nachsuchte, soll der Angeklagte gesagt haben: „Für den sozialdemokratischen Böbel gibt es keine Erlaubnis. Mögen sich die Herren so betragen, daß sie ein Lokal bekommen. In Lindow gibt es Schantgelegheiten genug. Ich habe die ganze Gendarmerte requiriert. So lange ich Oberhaupt der Polizei bin, werde ich den Böbel im Schach halten.“ So befandere vor dem Schöffengericht Frankfurt a. O. oder im Juni 1910 der Gästewirt Feldner, aber der Angeklagte v. Burgdorff wurde freigesprochen. Das Urteil sagte, er brauche mit dem „sozialdemokratischen Böbel“ nicht gerade den Kläger gemeint zu haben. Abgesehen davon als Amtsvorsteher berechnigte Interessen gewahrt, da Gendarm Breitenbach gemeldet hatte, daß Sozialdemokraten von Ober- und Unter-Lindow „in einer Versammlung“ sich unpassend benommen hätten. Das Landgericht Frankfurt a. O., das auf des Klägers Berufung im August 1910 zu entscheiden hatte, kam gleichfalls zu einer Freisprechung. Dem Angeklagten wurde geglaubt, daß, wie er angab, er gesagt habe: „Solange die Sozialdemokraten sich pöbelhaft betragen, wie neulich auf dem Fest, gebe ich keine Erlaubnis. Sehen Sie zu, daß die Leute sich anständig betragen.“ Hiermit soll er berechnigte Interessen gewahrt haben, weil auf einem ähnlichen Feste Dinge vorgekommen seien, die die Beziehung „pöbelhaft“ verdienen. Auf die vom Kläger eingelegte Revision hob das Kammergericht das Urteil nebst den Feststellungen auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Festzustellen sei, wieso Sozialdemokraten „neulich auf dem Fest“ sich pöbelhaft betragen hätten. In der diesmaligen Verhandlung vor dem Landgericht wurde trotz unvollständiger Zeugenvernehmung auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht, daß ein sozialdemokratischer Verein sich „pöbelhaft“ betragen hätte. Der Angeklagte wußte sich nur allgemein dahin zu äußern, daß die Sozialdemokratie in Lindow „den Ton verschlechtert“ habe. Was „sozialdemokratische“ Vereine seien und welche derselben sich „pöbelhaft“ betragen haben sollen, konnte der Angeklagte nicht angeben. Der Gendarm Breitenbach bekundete, daß er dem Amtsvorsteher einmal von einem Vereine berichtet habe, bei dem auf einer Feillichkeit „unpassende Situationen“ vorgekommen seien. Der Vertreter des Klägers stellte fest, daß dieser Verein ein bürgerlicher Radfahrverein sei, dessen Mitglieder meist Krügerverleiher sind. Das Urteil lautete trotzdem wieder auf Freisprechung. Glauben müsse man dem Angeklagten die von ihm selber behauptete Form seiner Äußerung über die Sozialdemokraten. Erwiesen sei allerdings nicht, daß sie sich „pöbelhaft“ betragen hätten. Wie könne aber der „Frisch auf“, da er ja nur Sportverein sei, sich getroffen fühlen! Abgesehen davon als Amtsvorsteher in gutem Glauben berechnigte Interessen gewahrt, da er auf Ruhe und Ordnung zu halten habe. Es ist in Breitenbach eben ein himmelweiter Unterschied zwischen den berechnigten Interessen eines Amtsvorstehers und denen eines simplen sozialdemokratischen Zeitungsredakteurs.

Rumänische Barbarei gegen Genossen Rakowski. Die rumänische Regierung hatte bekanntlich die Schurkerei begangen, den Genossen Rakowski, obgleich er rumänischer Bürger ist, aus dem Lande auszuweisen. Rakowski war vor kurzem nach Rumänien zurückgekehrt, um eine gerichtliche Entscheidung über die ungeschickliche Maßregel herbeizuführen. Die Verbrederehande, die das Land regiert, war sich aber wohl bewußt, daß selbst ihre Richter die Schurkerei, die in dieser Ausweisung liegt, nicht rechtfertigen können. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf das erste Verbrechen ein zweites zu setzen, d. h. sie wies den Genossen Rakowski aus dem Lande aus. Da er sich weigerte, die ungeschickliche Maßregel anzuerkennen und abzureißen, so wurde er zwangsweise an die Grenze gebracht und sollte unter Drohungen und durch Mißhandlungen gezwungen werden, das Land zu verlassen. Der „Vorwärts“ erhielt darüber das folgende Privattelegramm: Bukarest, 18. März. Am Mittwoch und Donnerstag wurden zwei erfolglose Versuche gemacht, den Genossen Rakowski über die bulgarische Grenze zu bringen. Er wurde barbarisch mißhandelt und mit Erschießen bedroht, weil er die Überschreitung der Grenze verweigerte. Auf der anderen Seite wurde er in derselben Weise von der bulgarischen Grenztruppe bedroht, falls er die Grenze überschreite. Donnerstag nacht wurde er auf einem Dampfer „Konstantinopel“ nach der Türkei abgeschickt. Bis jetzt fehlt jede Nachricht über sein weiteres Schicksal.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf in der Kinderwagenfabrik in Zeitz geht weiter. Einige Firmen wären gern bereit, Frieden zu schließen, doch hindert sie daran der von den übrigen Firmen geübte Terrorismus. Trotzdem sogar die Weilligkeit und die Innere Mission zur Heranschaffung Arbeitswilliger mobil gemacht wurden, haben die Fabrikanten bisher wenig Glück gehabt; sie sind deshalb in arger Verlegenheit, aus welcher sie auch einige entlassene Sträflinge, die zur Firma Märber gelandt wurden, nicht befreien werden. Wohl oder übel werden sie den Streikenden entsprechende Zugeständnisse machen müssen, wenn sie ihre Betriebe wieder in Gang setzen wollen. In den letzten Tagen haben mit mehreren Fabrikanten Verhandlungen stattgefunden, die ein günstiges Ergebnis für einige Fabriken erwarten lassen.

Des Arbeitswilligen Majestät. Der Kampf der Mühlenarbeiter in der Dammühle in Ostfriesland bei Worms um das Koalitionsrecht zeigt uns die Erblichkeit der für den Staat nützlichen Elemente gegenüber gewöhnlichen Erbenbürgern in einem Maße, das kaum mehr übertraffen werden kann. Das Arbeitswillige sich der größten Fürsorge durch die Behörden erfreuen, ist nichts Neues. Aber daß der Bahnzug außerhalb der Station extra vor dem Betriebe hält, um die Arbeitswilligen auszuladen und sie den wartenden Gendarmen zu übergeben, dürfte noch nicht allgemein geltehen. In Ostfriesland geschah das; der Zug hielt an der Dammühle, obwohl dort gar keine Haltestelle ist. Die Arbeitswilligen wurden von dem Gendarmen in Empfang genommen und an die Mühle abdelivert. Bis zum Sonderzug für Streikbrecher ist es also nicht mehr weit, und ein Schauspiel für Götter wäre es, wenn die Hinzufügen Siebenmonatskinder, darunter die mehr oder minder beehrten „Staatspensionäre“ mit Knechteln, Gummischläuchen, Schlagringen usw. bewaffnet, von Gendarmen beschützt, in Extrazügen auf Staatskosten ihrer vorübergehenden staats-erhaltenen Tätigkeit zugeführt würden. Auch die Tätigkeit der Sicherheitsbehörde konzentriert sich immer mehr auf die Zurechtweisung Arbeitswilliger, auf die Sorge darum, daß keiner von ihnen angesprochen und darüber aufgeklärt wird, zu welchem verwerflichem Zwecke er gebraucht werden soll. Keiner der Streikenden darf es wagen, einen Arbeitswilligen anzusprechen und ihn auf den Streik aufmerksam zu machen, ohne befürchten zu müssen, von den in den Mühlen stationierten Gendarmen verhaftet zu werden. Die Arbeiter haben also immer mehr damit zu rechnen, daß sie die Staatsgewalt als Verbündete der Unternehmer gegen sich haben. Letzten Endes kommt dies doch wieder der Arbeiterbewegung zugute. Denn nichts wirkt aufreizender und aufklärender als solche Vorkommnisse.

Der Kampf der Knopfabriker in Frankenhäuser am Kyffhäuser. Am 30. Arbeiter beteiligt sind, und der nun schon seit Monaten dauert, konnte auch jetzt durch Verhandlungen des Bürgermeisters nicht beendet werden. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, sollen aber fortgesetzt werden.

Achtung, Schiffszimmerer! In Barby a. d. Elbe streiken auf der Baustelle von Weisse die Schiffszimmerer. Es wird dort ein Stundenlohn von 37 Pf. gezahlt. Die Schiffszimmerer fordern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Als der Unternehmer das ablehnte, legten die Schiffszimmerer die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

Tarifbewegung in der Lederwaren-, Album- und Reiseartikel-Industrie. Am 30. Juni d. J. laufen die Tarifverträge in der Portefeuillem-, Reiseartikel-, Koffer-, Album-, Mappen- und Ledergalanteriewaren-Industrie in den Städten: Berlin, Freiberg i. Sa., Stuttgart und im Offenbacher Industriegebiet ab. In Berlin, Freiberg i. Sa. und Stuttgart haben die im Verbands der Sattler und Portefeuille organisierten Arbeiter in überaus stark besuchten Versammlungen bereits einstimmig beschlossen, die Verträge zu kündigen. Im Offenbacher Industriegebiet und bei den Berliner Album-, Mappen- und Galanteriearbeitern wird erst in den nächsten Tagen über die Tarifkündigung beraten und voraussichtlich ebenfalls beschlossen werden. Die in Betracht kommenden Unternehmervereinigungen, die im Zentralverband der Lederwaren-Industriellen Deutschlands vereinigt sind, haben sich dahin festgelegt, daß, wenn an einem Ort der Tarif von den Arbeitern gekündigt wird, das gleiche für die übrigen Orte gilt. Somit kann schon jetzt gesagt werden, daß der Lohnkampf, an dem circa 7500 Beschäftigte beteiligt sind, auf der ganzen Linie entbrennen wird. Freigewerkschaftlich sind über 6000 im Verband der Sattler und Portefeuille und über 600 (Album-, Mappen- und Ledergalanteriearbeiter Berlins) im Deutschen Buchbinderverband organisiert. Die Unternehmer sind ebenfalls in ihrer großen Mehrzahl organisiert; außerdem hat sich ein Teil von ihnen der Streikversicherung des Bundes sächsischer Industrieller angeschlossen, andere kapitalstärkige Fabrikanten in Offenbach wollen durch Sichtwechsel sich verpflichten, Ausperrungen gründlich durchzuführen. Auf Grund der bestehenden Tarifverträge sind die örtlichen Schlichtungskommissionen verpflichtet, einen neuen Tarifvertrag vorzubereiten. Hierzu stellen die Arbeiter folgende Forderungen: Das Tarifverhältnis ist auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen auszuweiten, auch auf solche, die in Filial-, Verleger-, Zwischenmeister- oder Heimarbeitsbetrieben beschäftigt werden. Die Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten darf denjenigen Mitgliedern, die das System der Zweigniederlassungen oder der Zwischenmeisterbetriebe benutzen, in dem die Bestimmungen des Vertrages umgangen werden, keinen Schutz gewähren, d. h. auch die Hauptbetriebe dürfen bestraft werden, und die Schlichtungskommissionen sollen berechtigt sein, solchen Unter-

nehmern empfindliche Geldbußen aufzuerlegen. Waren, die nicht unter tarifmäßigen Bestimmungen hergestellt werden, dürfen von vertragsverpflichteten Personen nicht gekauft werden. Auch sollen die Unternehmer verpflichtet werden, nur solche Heimarbeiter und Zwischenmeister zu beschäftigen, die ihre Dienste unter vertraglichen Bedingungen entlohnen. Die Durchsetzung dieser Forderungen für das Zustandekommen eines neuen Tarifverhältnisses ist bedingt, weil schon jetzt fast die Hälfte der Portefeuille- und Damentaschenarbeiter von Heimarbeitern und Zwischenmeistern beschäftigt werden. Diese Entwicklung nimmt zum Nachteil der Fabrikarbeit immer mehr zu. Die regelmäßige Arbeitszeit, gleichgültig, ob in der Stadt oder auf dem Lande, soll täglich neun, Sonnabends sieben Stunden nicht überschreiten. Die Akkordpreise sind um 10 Prozent zu erhöhen, ebenso die Löhne der auf Zeitlohn Beschäftigten. Diese sollen auch die gesetzlichen und die vom Unternehmer angeordneten Feiertage bezahlt erhalten. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen ist ein Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Die zur Fertigstellung der Arbeit notwendigen Zutaten, auch für alle Außerhausarbeiten sind vom Unternehmer zu stellen. Neben den vereinbarten Akkordlöhnen ist für Außerhausarbeiten ein Aufschlag von 5 Proz. für Entschädigung an Miete des Arbeitsraumes usw. zu zahlen. Heimarbeiter müssen gegen Krankheit und Invalidität versichert werden. — Das Verhältnismessen soll durch besondere Vereinbarungen geregelt werden. Den Schlichtungskommissionen, die schon jetzt mit den Funktionen der Zivil-Prozessordnung §§ 1025—1048 ausgestattet sind, soll das Recht zugesprochen werden, Tarifverträge mit Geldbußen zu ahnden und gemäßigten Arbeitern eine Entschädigung zuzusprechen. Die Vertragsdauer soll auf drei Jahre festgelegt und das Zentraltarifamt nach Berlin verlegt werden.

Christen. In die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins Kempten wurde vor kurzem folgendes Schriftstück versandt:

Liebe Vereinsmitglieder!
Laut Beschluß der Generalversammlung vom 22. 1. 11 werden künftig die Sterbefälle von Vereinsmitgliedern, wenn dieselben seitens der Hinterbliebenen nur im hiesigen (liberalen) „Tag- und Anzeigblatt“ veröffentlicht sind, durch uns auch in der „Allgäuer Zeitung“ veröffentlicht werden. Die Ausschreibungskosten werden bei der Auszahlung des Sterbegeldes abgezogen. Wird der Todesfall eines Mitgliedes von den Hinterbliebenen in der „Allgäuer Zeitung“ angezeigt, so erfolgt ein Abzug vom Betrage des Sterbegeldes nicht.
Mit christlichem Arbeitergruß
Der Vorstand.

Die Methode, die „Ausschreibungskosten“ von den nicht ganz zuverlässigen Zentrumstreuen zwangsweise einzutreiben, ist natürlich echt christlich.

Aus Nah und Fern.

Handmord. Gestern vormittag wurde in dem Schloß benachbarten Möslich der 50jährige Tischler von einem unbekannten Täter durch Hiebe auf den Kopf zu Boden geschlagen und seiner Barschaft beraubt. Tischler ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Bergmanusos. Wie aus Linden a. Ruhr gemeldet wird, wurden in der Nacht zum Montag auf der Reche „Friedlicher Nachbar“ zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen.

Ein schweres Ballon-Unglück in der Zundersee. Der am Sonntag in Krefeld aufgestiegene Ballon „Düsseldorf 4“ ist in die Zundersee getrieben worden. Der Ballonführer, der Metallwarenfabrikant Paul Kayser, vom Niederrheinischen Verein für Luftschiffahrt, hat seinen Tod in den Wellen gefunden. Der Mitfahrer Otto Schröder wurde schwer verletzt aufgefischt. Es wird des näheren über das Unglück berichtet: Der Ballon „Düsseldorf“ des Niederrheinischen Vereins für Luftschiffahrt, Insassen: Otto Schröder und Paul Kayser, wurde Sonntag nachmittag von heftigem Winde nach Anna Paulowna getrieben. Schröder wurde am Kopfe verwundet, Kaiser ertrank. Der Ballon war am Sonntag morgen bei günstigem Wetter in Krefeld aufgestiegen, um einen Ausflug nach Holland zu machen. Alles ging gut bis Hardezwijk, wo man, anstatt zu landen, auf die ungeliebte Idee kam, wie Schröder sich ausdrückte, noch weiter zu gehen und trachtete, in der Nähe von Amsterdam zu landen. Der Vorrat an Ballast (3 1/2 Saek) wurde ausgeworfen und der Ballon stieg bis zu 1600 Metern. Auf dieser Höhe angelangt, bemerkte man, daß sich die Windrichtung geändert hatte und man in nordwestlicher Richtung über die Zundersee getrieben wurde. Umnächtig

ging der Ballon nieder, so daß er während kurzer Zeit in der Nähe eines der Zunderseeboote blieb. Die Luftschiffer meinten, daß das Boot ihnen folge. Gegen 9 1/2 Uhr nachmittags war man östlich der Insel Wieringen angelangt. Den Ballon konnte man aber nicht lange halten. Der Ballon wurde dann und wann durch Wasser geschleift. Alles wurde über Bord geworfen mit Ausnahme der Instrumente. Dadurch stieg der Ballon wieder einige Meter, doch ging er bald wieder nieder. Die Luftschiffer beschloßen, als sie den Land in der Nähe erblickten, die Seile, die den Ballon mit dem Korb verbinden, zu durchschneiden. Weil die Luftschiffer von der Kälte erkrankt waren, gelang ihnen das nicht. Sie wurden schließlich von dem heftigen Wind gegen den Vassaldamm der Deiche der V. Gwig-Schleuse des Anna Paulowna-Kolider geworfen. Schröder, der auf dem Rande des Korbes stand, wurde durch den Stoß hinausgeschleudert und fiel auf den Kopf, wobei er am Kopf verwundet wurde. Kayser überfiel sich mit dem Ballon über die Deiche und gelangte in die Duder, ein Binnenwasser, nicht weiter als 200 Meter. Obwohl er in dieser einsamen Umgebung bemerkt wurde, war es bei dem vollkommenen Mangel an Hilfsmitteln unmöglich, ihm zu helfen. Er mußte trotz der Nähe des Landes seinen Tod finden. Schröder fand Aufnahme in einem Landhaus bei Herrn Zeller und wurde hier mit Kleidung versehen und verpflegt.

Mord oder Selbstmord? Aus Massel wird gemeldet, vor zwei Monaten verhiwand von hier die einzige Tochter der Fabrikanteneheleute Reim, ein 17jähriges hübsches Mädchen. Die Eltern schrieben eine hohe Belohnung für denjenigen aus, der den Verbleib ihrer Tochter ermitteln helfe. Jetzt ist das junge Mädchen als Leiche in schweren Schädelerletzungen in der Kulda aufgefunden worden. Es ist noch ungewiß, ob ein Verbrechen vorliegt.

Ertrunken. Aus Trier wird gemeldet: Ein mit Holabeladener Kahn, der bei Mendorf über die Sauer fuhr, sank infolge des starken Wellenschlags. Die beiden Insassen, Brüder Lauer, 23 und 32 Jahre alt, sind ertrunken.

Getötet. In Kesslinghausen wurde in der Nacht zum Montag infolge eines Wortwechsels zwischen Kanalarbeiter und einheimischen Burischen der 37jährige Bergmann Rausch durch einen Messerstich getötet. Der Täter wurde verhaftet.

Russische Liebenswürdigkeit. Wieder ist einer der bekannten Grenzzwischenfälle zu verzeichnen, nur mit dem Unterschiede, daß es sich diesmal um eine ganz besonders brutale Tat handelte und daß dieser Fall nicht an der Ostgrenze, sondern im höchsten Norden spielte. Drei Fischer aus dem deutschen Grenzort Nimmesatt wurden von dem bewegten See nach der Landungsbrücke des benachbarten Ortes Polangen getrieben. Der dort stehende russische Grenzposten feuerte sofort auf die Fischer und durchschloß dem einen beide Oberschenkel. Der Schwerverwundete mußte dann stundenlang, den Anblick der Witterung ausgelegt, in Kreisen liegen, bis er am späten Abend dem preussischen Grenz-Wachtmeister übergeben wurde. Natürlich wird nur eine der berühmten Untersuchungen eingeleitet, bei denen in der Regel wenig oder nichts herauskommt.

Ein irrsinniger Arzt. In Bukarest wurde der Arzt Dr. Georgescu auf der Straße plötzlich von Wahnsinn befallen. Er zog seinen Revolver und gab zahlreich Revolverkugeln auf die Passanten ab. Hierbei wurde Professor Dreig lebensgefährlich verletzt. Erst nach schwerer Mühe gelang es, den Wahnsinnigen zu überwältigen und ins Krankenhaus zu überführen.

Das hungernde China. Die grenzenlose Not, unter der Millionen Chinesen fast ständig leiden, macht sich wieder einmal in Taten der Verzweiflung Luft. Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, hielten mehr als hundert Personen einen Zug der Kanton-Schauhangangabahn an. Mit verzweifelten Gebärden baten sie, man möge sie mitnehmen oder überfahren, da sie sonst Hungers sterben müßten. Wie der Bischof von Schanghai berichtet, haben seit fünf Monaten von 40 000 Christen seines Bezirks gegen 35 000 nichts mehr zu essen. Ihre Nahrung finden sie in Wäldern, Wurzeln der Bäume und Kadavern halbverwesten Tiere. In einer Stadt in Südchina wurden täglich zwölf Tote gezählt, die von Hunger gestorben sind. In Nanjing strömen Hungernde aus den umliegenden Provinzen zusammen. Die Zahl der zurzeit in China Hungerleidenden wird auf drei bis vier Millionen geschätzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Durch die glückliche Geburt eines Sohnes wurden hoch erfreut
L. Evers und Frau,
Emma, geb. Nawroff.
Zum 1. Juli die 1. und 2. abgeschlossene Etage, je 3 Zimmer und Zubehör, ferner Bodenstube, Koch- u. Leuchtgas z. verm. Danlastr. 61.

Marie Wichmann
Ernst Borgwardt
Verlobte.
Schlutup. Selmzdorf.
Im März 1911.
Zu kaufen gesucht eine Glasfär. Eng. u. A B 4 an die Exp. d. Bl.

Freie Jugend Liebeds.
Zur Beerdigung unseres verstorbenen Jugendgenossen
Hugo Schläfer
versammeln sich die Jugendgenossen Mittwoch vormittag 10 1/2 Uhr am „Weißen Tisch“, Krefeldsdorf.
Die Beerdigung findet um 11 Uhr auf dem Bornorter Friedhof statt.
Ein freundlich möbliertes Zimmer nach vorne zu vermieten
Kadenburger Allee 55 a
Per Zufall zum 1. April helle große Zwei-Zimmer-Wohnung am Hauptbahnhof zu vermieten
Lindenstraße 11 a.
Krankenfahrstuhl, verstellbar, leicht, zu vermieten. Gut sitzende Glucke (Orpington) zu verkaufen
Meierstraße 25.
Zu kaufen gesucht ein Haus mit 2 bis 3 Wohnungen.
Off. u. W G 336 an die Expd.
Zu kaufen gesucht ein Bücherregal zum hängen.
Off. u. M O 63 an die Exp.
Zu verkaufen ein gnterh. Sofa und eine Kommode
Schlutup, Bremerstraße 2.
Starke einjährige Bettstelle billig zu verkaufen
Lützowstraße 2 a.
Gutes Dannerbett für Mk. 25, sow. einz. Stücke zu verk. Schildstraße 5.

Berliner

Volks-Zeitung

2mal täglich

erscheint die Berliner Volks-Zeitung, sie ist dadurch in der Lage, ihre Leser über alle wichtigen Begebenheiten schneller unterrichten zu können, als dies bei den täglich nur einmal erscheinenden Blättern der Fall sein kann. Die Berliner Volks-Zeitung bietet mit ihren Gratis-Beiblättern: Täglich. Unterhaltungs-Blatt (4seitig), farbiges, illustriertes

Witzblatt „Uik“

(8seitig), „Illustrierte Familien-Zeitung“ (16seitig) und „Illustrierte Kinder-Zeitung“ (14seitig) einen äusserst vielseitigen Lesestoff.

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 63 000 Abonnenten.

Guter und billiger

Brotbelag

F. F. Pflaumenmus	
brutto ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer	Mk. 1.95
10 Pfd. Emaille-Kochtopf	2.15
28 Emaille-Eimer	4.-
28 Emaille-Wanne	5.25
56 Emaille-Wanne	9.25
34 Emaille-Küchenschüssel	5.80
19 Emaille-Schmortopf	4.-
34 Emaille-Schmortopf	5.80
netto 40 Holzkübel	5.40
60 Holzkübel	7.80
F. F. Kunsthonig	
brutto ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer	Mk. 2.50
10 Emaille-Eingtopf	2.85
10 Emaille-Kaffeekanne	3.-
34 Emaille-Eimer	7.50
netto 50 Holzkübel	12.15
F. F. Kaiser-Speise-Syrup	
brutto ca. 10 Pfd. Blech-Eimer	Mk. 2.19
Garant. reiner Bienenhonig	
brutto ca. 10 Pfd. Blech-Eimer	Mk. 6.15
F. F. Rübensaft 10 Pfd. Blech-Eimer	
Mk. 2.-	
Harzkäse hochfein, 100 Stück-Kiste	
Mk. 2.50	
Preise ab hier anfrankiert. Gefässe frei.	
Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung.	
Bei Bestellung von Mk. 31.- an 5 Proz. Extra-Rabatt.	

E. Henkelmann
Magdeburg 529 Postfach 164